

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Buchstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzsl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 5852  
Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Sammleranzeigen, Stellengesuche, Vereinskundensammlungen und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 5 Pf., das letzte Wort 3 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Buchstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Amnestie in Deutschland

## Blutorgien in Russland

Der Rechtsausschuß des Reichstages hat am Mittwoch einen Amnestie-Gesetzentwurf der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten mit allen gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Der Entwurf gewährt Straferlass für die bei der Verwirklichung des Gesetzes rechtskräftig erkannten und noch nicht verhängten Strafen, die von den Gerichten des Reiches oder der Länder wegen Straftaten verhängt und die aus politischen Beweggründen begangen wurden, oder die wegen Zuwiderhandlungen gegen das Militärstrafgesetz von Militärgerichten am 1. Oktober 1920 rechtskräftig erkannt worden sind. Schwere Verbrechen werden eingestuft, wenn die Tat vor dem 1. Januar 1928 begangen worden ist. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist. Bei Verbrechen gegen das Leben und solchen Straftaten, zu deren Durchführung der Täter ein Verbrechen gegen das Leben begangen hat, werden die erkannten Freiheitsstrafen auf die Hälfte herabgesetzt. An die Stelle von Zuchthaus tritt Gefängnis; lebenslängliche Zuchthausstrafen werden in Gefängnisstrafen von 7 1/2 Jahren umgewandelt. Enthält eine Gesamtstrafe Einzelstrafen wegen einer Zuwiderhandlung, die unter das Amnestiegesetz fällt, so wird die Gesamtstrafe entsprechend gekürzt. Vermerke über Strafen, die von der Amnestie erfaßt werden, sind im Strafregister zu tilgen.

In einer Entschließung erjußt der Rechtsausschuß die Reichsregierung, bei den Ländern dahin zu wirken, daß Personen, die aus wirtschaftlicher Not und anlässlich des passiven Widerstandes straffällig geworden sind, bei der Ausübung des Gnadenrechtes in besonders wohlwollender Weise Berücksichtigung werden. Eine Entschließung des deutchnationalen Abgeordneten Carl Ling, den Fememörder alsbald vollen Straferlass zu gewähren und ihre Gefängnisstrafe zunächst in Festung umzuwandeln, wurde abgelehnt.

idealistischen Zielsetzungen des Befreiungskampfes der Arbeiterschaft leugnet. Was wollt ihr, so sagen sie ihren Anhängern, die Amnestie fordern wir für unsere Klassenbrüder, das Schwert des Helfers für den Klassenfeind. Die Amnestie hier und die Blutjustiz dort — sie sind beide nur der Ausfluß unserer klassenkämpferischen Gesinnung!

Diese doktrinaire Phrase ist so verlogen, wie die Haltung der Kommunisten. Der Gegensatz zwischen dem Schrei nach der Amnestie und der eigenen blutigen Tat besteht nicht nur im Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland, er wird wirksam in Deutschland selbst. Heute rufen die Kommunisten in Deutschland nach der Amnestie. Vor noch nicht zwei Monaten haben deutsche Kommunisten deutsche Arbeiter und Sozialdemokraten im Wahlkampf aus vertieftem Haß, aus moralischer Verblümtheit und barbarischer Gesinnung heraus ermordet! Hamburg und Glauchoau! Eine so besetzte Partei hat weder das Recht,

im Namen der Moral noch im Namen der Gerechtigkeit die Amnestie zu fordern.

Die deutsche Amnestie, die in diesen Tagen Gesetz werden wird, ergeht nicht infolge des kommunistischen Amnestiegesetzes, sondern trotz der kommunistischen Partei. Sie ist die Folge des Wahlsieges der deutschen Sozialdemokratie. Die deutsche Sozialdemokratie hat diese Amnestie verlangt und durchgeführt, nicht, weil sie parteipolitisch daran interessiert ist, sondern weil sie ihrer Weltanschauung, ihrem Kulturwillen, ihren humanitären Zielen und ihrem Staatsgefühl entspricht. Für uns geht es nicht um Strafvergebung von Parteifunktionsären, um Entlastung des Parteiapparates, nicht um billige Agitationserfolge. Wir sind nicht belastet mit den Leiden der politischen Gefangenen, die das Verbrechen kommunistischer Führung in die Gefängnisse und in die Zuchthäuser geführt hat!

Aber wir bekennen uns zum Gedanken des Kulturstaates, wir weisen die Methoden barbarischer politischer Vergeltung von uns, wir wollen nicht, daß politische Gefangene auch nur einen Tag länger hinter Kerkermauern sitzen, als es die wirkliche Sicherheit des Staates erfordert. Deshalb hat die Sozialdemokratische Partei die Amnestie gefordert und durchgeführt, während in Sowjetrußland barbarischer Despotismus und blutiger Terror die Sache der Arbeiterschaft und des Sozialismus jäh ändert!

# Das Programm des Reichsarbeitsministers

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens — Ausbau der ländlichen Arbeitsämter  
Verstärkung der öffentlichen Notstandsarbeiten bei zunehmender Arbeitslosigkeit  
Verbesserung der Kleinrentnerhilfe und Rationalisierung der Reichsversicherung  
Herstellung von Kleinwohnungen

Der Reichsarbeitsminister Wiffell machte am Mittwoch vor Vertretern der Presse über das Arbeitsprogramm seines Ministeriums unter anderem folgende Ausführungen: Das Arbeitsschutzgesetz, das, wie angekündigt, dem Reichstag demnächst vorgelegt werden wird, wird vorher noch einmal das Reichskabinett beschäftigen. Die Regelung der Arbeitszeit soll noch strenger als bisher dem Washingtoner Abkommen angepaßt werden. Entsprechend den Vorschlägen der Gewerkschaften soll auch die Ausgestaltung der Arbeitsaufsicht, ihre Verwirklichung und Vereinheitlichung noch einmal in dem Kabinett behandelt werden. Die wertvollen Einrichtungen der Berufsgenossenschaften zur Unfallverhütung müssen einer Arbeitsaufsicht nutzbar gemacht werden.

Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ist bereits von der Regierung angekündigt. Die durch das Revisionsbegehren Englands entstandenen Schwierigkeiten wird man dabei zu beheben suchen. Die Ratifizierung von Washington schafft für Deutschland selbst kein neues Recht. Vielmehr kommen die Grundzüge des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag bereits in dem Arbeitsschutzgesetz zur Anwendung. Durch die Anerkennung des Washingtoner Abkommens erfolgt also lediglich eine völkerrechtliche Bindung im Sinne des internationalen Vertrags.

Vielach wurde in letzter Zeit eine Reform des Schlichtungswesens gefordert. Der Reichsarbeitsminister weist die ihm von industrieller Seite gemachte Unterstellung, als ob er auf Zwangsingriffe in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verzichten wolle, entschieden zurück. Staatlicher Zwang ist nämlich kein Ideal. Wo aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer trotz des großen Spielraums, den ihnen die Schlichtungsordnung gibt, zu einem Arbeitsvertrage nicht kommen, da hat der Staat durch die Reichsverfassung die Pflicht, die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch eine gekamerte Einheit zu fördern. Ein solches Eingreifen des Staates entspricht dem Volkswillen; hat doch der vorige Reichstag einstimmig den Reichsarbeitsminister in einem Beschluß aufgefordert, von der Verbindlichkeitsklärung überall dort Gebrauch zu machen, wo eine freiwillige Regelung des Arbeitsverhältnisses am Tarifwillen einer Partei scheitert. Bei dieser Praxis wird das Reichsarbeitsministerium bleiben; der Minister erklärte sich jedoch bereit, Vorschläge zur Befreiung von Minderheiten im Schlichtungswesen stets zu prüfen.

Der Gesetzentwurf über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft, der dem Reichstag vorliegt, ist im Reichsarbeitsministerium nochmals durchgearbeitet worden, die Ergebnisse der Überarbeitung werden die Grundlagen der Anträge der Reichsregierung bei der Weiterberatung des Entwurfes bilden.

Die Neuordnung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach dem Gesetz vom 16. Juni 1927 ist noch im organisatorischen Aufbau begriffen. Die Landesämter für Arbeitsvermittlung sind am 1. Februar d. J. in die Reichsanstalt eingegliedert; die 22 Landesarbeitsämter sind auf 13, die Arbeitsämter von 827 auf 263 zusammengelegt. Die Eingliederung der Arbeitsämter dürfte bis zum 1. Oktober erfolgt sein; vor allem ist ein Ausbau des ländlichen Arbeitsämter erforderlich, um sie für eine wirksame Tätigkeit reif zu machen. Ein abschließendes Urteil über die Neuorganisation ist

bei diesem Stand der Dinge jedoch noch nicht möglich. Der Minister ging dann weiter auf die Probleme der beruflichen Arbeitslosigkeit der Kriegunterstützung ein, über die er schon an anderer Stelle gesprochen hat. Beabsichtigt ist bekanntlich die Einbeziehung der Fabrikarbeiter in die Kriegunterstützung überall da, wo die Facharbeiter die Unterstützung erhalten und von deren Beschäftigung diejenige der Fabrikarbeiter abhängig ist.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den kommenden Monaten läßt sich noch nicht überblicken. Sollte die Arbeitslosigkeit zunehmen, so werden zunächst die öffentlichen Notstandsarbeiten verstärkt werden. Das Kabinett wird sich ferner mit der Ausdehnung der Kriegfürsorge auf 39 Wochen Beschäftigten müssen, die der Reichstagsausschuß am Dienstag gefordert hat. Ferner will man im Falle steigender Arbeitslosigkeit die Vergebung öffentlicher Aufträge steigern, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Reichsarbeitsminister Wiffell erklärte, er werde nichts unversucht lassen, um das Los der schwer betroffenen Volksgenossen insbesondere der langjährig Arbeitslosen so weit als irgendmöglich zu erleichtern.

Neben der Verbesserung der Kleinrentnerhilfe ist die Rationalisierung der Reichsversicherung eine der nächsten Aufgaben des Arbeitsministeriums. Die anerkannten Regeln der Betriebswirtschaft müssen auch die Sozialversicherung mit sich bringen. Beabsichtigt ist weiter die Ausdehnung der Unfallversicherung auf einen ganzen Anhang von Berufstätigkeiten in der chemischen Industrie, ferner die Staublungenkrankung im Bergbau sowie Hautschädigungen durch Blei, Teer und Antiragen. Ein dem Reichstag zugegangener Gesetzentwurf will bereits die Unfallversicherung auf Feuerwehren, Kranenhäuser, Laboratorien, Schauspielunternehmungen und Lichtspielbetriebe ausdehnen. Die außerordentlich wichtige Frage, ob insbesondere die Kleinbetriebe in Handel und Gewerbe wie Gast- und Schankwirtschaften in die Unfallversicherung einbezogen werden sollen, unterliegt noch der Prüfung.

Zwecks Förderung des Wohnungsbaues sollen jetzt auch Auslandsgelder herangezogen werden, und zwar besonders zur Herstellung von Kleinwohnungen für die breite Masse der Bevölkerung und in Gebieten, in denen die Wohnungsnot produktionshindernd hervortritt. Die landwirtschaftliche Siedlung muß durch bessere Zusammenarbeit zwischen dem Reich und den Ländern sowie durch radikale Kostensenkung gefördert werden. Sind doch die geeignetsten Siedlungsbewerber gewöhnlich unter den Kleinbauern und Landarbeitern zu suchen, die keine großen Anahlungen leisten können. Die Verkaufspreise der Siedlungsgüter wie die Baustoffen müssen erheblich verbilligt werden.

Reichsarbeitsminister Wiffell erklärte zum Schluß, daß er auch den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Rahmen des finanziell Möglichen zu helfen suchen werde. Vor allem wird man alleinstehende erwerbsunfähige Witwen sowie Eltern besonders vor Härten schützen müssen, wogegen jetzt der Verwaltungsweg eine Möglichkeit bietet.

## Bangalos freigelassen

Athen, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere griechische Diktator Pangalos, der sich seit 33 Monaten in Haft befand, ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch aus Anweisung des Ministerpräsidenten Venizelos auf freien Fuß gesetzt worden. Die neue Kammer wird bei ihrem Wiederzusammentritt am 17. September darüber zu entscheiden haben, ob dem Diktator noch der Prozeß gemacht werden soll oder nicht.

Der Rechtsausschuß des Reichstages hat die Amnestievorlage angenommen. Sie entspricht nicht allen Anforderungen, die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion an sie gestellt hat. Immerhin wird sie Tausende von politischen Gefangenen in Deutschland in die Freiheit zurückführen.

Die Sowjetregierung hat fünf im Schachtj-Prozess gefällte Todesurteile vollstrecken lassen.

Die Deutsche Republik zeigt durch die Amnestie, daß sie ein Kulturstaat ist, der das Recht und die Humanität über brutale politische Vergeltungstheorien stellt.

Sowjetrußland demonstriert der Welt durch den grausamen Akt des Terrors, daß es außerhalb der Reihe der Kulturstaaten steht und nicht Recht, sondern nur Willkür kennt.

Es ist ein großer grundlegender Gegensatz: Hier die Gerechtigkeit, die Menschlichkeit, der Kulturwille, dort Willkür, Barbarei und die Methoden des asiatischen Despotismus.

Diese Gegensätze, die heute so scharf hervortreten, sind unvereinbar. Man muß zwischen ihnen wählen und ein Bekenntnis ablegen, ein klares Entweder — Oder.

Die deutsche Kommunistische Partei zeigt diesem Gegensatz gegenüber ein doppeltes Gesicht. Sie schreit nach der Amnestie in Deutschland und bejubelt gleichzeitig die Blutorgien des russischen Despotismus. Hier in Deutschland zeigt sie sich ihren Anhängern in der Masse des beleidigten Rechtsgefühls und der Menschlichkeit, wenn sie nach der Amnestie ruft — gegenüber der Orgie des russischen Terrors zeigt sie die grinsende Fratze eines aller Vernunft und aller Menschlichkeit baren Blutrausches.

Hier in Deutschland appelliert sie an die edelsten Empfindungen der deutschen Arbeiterschaft — für Sowjetrußland billigt sie die Aufreizung der niedrigsten Instinkte in einer irreführenden und vom freien politischen Leben ferngehaltenen Arbeiterschaft. Daß während des Schachtj-Prozesses die kommunistischen Drahtzieher in Rußland Arbeiterdemonstrationen veranlaßt haben, die stürmisch Brutteile und Hinrichtungen forderten, wird den Kommunisten in der sozialistischen Arbeiterschaft der ganzen Welt für immer zur Schande gereichen!

Hier der Schrei nach der Amnestie, dort der Schrei nach der Blutjustiz — es ist eine unübersteigbare, im tiefsten Grunde unsittliche Mauer!

Politik und Moral sind untrennbar. Die deutschen Kommunisten offenbaren mit ihrer widerspruchsvollen Haltung, daß sie jeder politischen Moralität bar sind, daß sie unter dem Einfluß der barbarischen Methoden des russischen Despotismus in sittliche Anarchie verfallen sind. Sie verbergen ihre moralische Verlogenheit hinter eine leeren Diktum, hinter einer Auffassung des Klassenkampfes, die die sittlichen Triebkräfte und die

# Die Krisenfürsorge vor dem Reichstag

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Einspruch des nationalsozialistischen Abg. Straßer gegen seinen Ausschluß von der letzten Plenarsitzung.

Der Vorsitzende der Sitzung hat den nationalsozialistischen Abgeordneten den von einer Privatdruckerei gedruckten Einspruch in dem vom Präsidenten zurückgewiesenen Wortlaut im Hause und auf der Journalistentribüne verteilt. Präsident Lohse hatte die im Saale verteilten Zettel wieder ein sammeln lassen. Abgeordneter Dr. Fried (Natzf.) protestiert gegen die Wiederentnahme.

Präsident Lohse erklärt dazu, Jahrzehnte lang seien solche Einsprüche ohne Begründung zur Entscheidung gebracht worden. Im Jahre 1926 sei vom Reichstag mit Zustimmung aller großen Parteien, auch der Deutschnationalen, ausdrücklich beschließen worden, daß solche Einsprüche ohne Begründung erledigt werden. Abg. Fried (Natzf.) beantragt nunmehr, den Wortlaut des Einspruches zur Verteilung zu bringen. Dieser Antrag wird gegen die Nationalsozialisten abgelehnt. Der Einspruch des Abg. Straßer selbst — eine Ausrede darüber ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig — wird abgelehnt. Dafür stimmen nur die Nationalsozialisten und unter lauten Pful-Rufen der Mehrheit die Deutschnationalen. Ein nationalsozialistischer Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. Göbbels (Natzf.) wird vom Geschäftsausschuss überwiesen.

Es folgt die achte Beratung eines allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, das dem Rechtsausschuss zur Vorlegung vor dem letzten Reichstag nicht abgeschlossenen Beratungen überwiesen worden ist.

Abg. Dr. Alexander (Komm.) lehnt den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches ab. Diese Strafrechtsreform verstoße nach ihm gegen das Verbot der politischen Klassenjustiz und gegen das Verbot der Strafverfeinerung. Ohne weitere Aussprüche wird der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches dem Ausschuss für die Strafrechtsreform überwiesen.

Auf Antrag der in der Regierung vertretenen Parteien und der Wirtschaftspartei soll im Gesetz über die Einstellung des Berufsabbaues die Frist für die Regelung der Rechtsverhältnisse der Parteimitglieder bis zum 31. Juli 1928 bis zum 31. Januar 1929 verlängert werden. — Abg. Goltzweiner (Nat.) wendet sich gegen den Antrag und verlangt, daß die Parteimitglieder ohne weiteren Verzug in ihre alten Rechte wieder eingesetzt werden. — Abg. Dr. Fried (Natzf.) beantragt die volle Anrechnung der Parteimitglieder auf das Pensionsverhältnis. — Abg. Forster (Komm.) spricht gleichfalls gegen eine Fristverlängerung und für die endgültige Regelung der Angelegenheit. — Ministerialdirektor Dr. Brüggemann bittet um Annahme des Antrages der Regierungsparteien, damit die Reichsregierung die verlängerte Frist zur Regelung der Verhältnisse benutzen könne. — Abg. Dr. Onag (Dmel.) erklärt, es wäre die Pflicht der Regierung gewesen, diese Materie schon längst zu regeln. (Rufe links: Sehr richtig, das sagen Sie Herrn v. Kuehnel.) Die letzte Regierung konnte es nicht, weil sie den Verdrüssungen der früheren Kabinette endlich die Zeit der Arbeitsausbesserung folgen ließ. Ich habe immer die Regelung dieser Materie verlangt und bin deswegen oft ausgepfiffen worden.

Abg. Steinopf (Soz.) tritt gleichfalls für eine endgültige Regelung ein. Dem neuen Kabinett muß aber durch die Fristverlängerung die notwendige Zeit dazu gegeben werden. Um eine Schwächung der Beamten zu vermeiden, müsse der Regelung Rücksicht genommen werden. — Ein deutschnationaler Antrag auf Ausnahmeweißung wird abgelehnt und der Antrag der Wirtschaftspartei nach Ablehnung nationalsozialistischer Änderungsanträge in erster und zweiter Beratung angenommen.

Der Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Siam wird dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen, das deutsch-siamische Abkommen zur Ausweitung der in- und ausländischen Seefahrt wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Ausschussbericht über den kommunistischen Antrag zur Krisenunterstützung. Der sozialpolitische Ausschuss schlägt dazu eine Entschließung vor, in der verlangt wird, zur Krisenunterstützung allgemein solche Fabrikarbeiter zuzulassen, die gewohnheitsmäßig mit Berufsangehörigen der Getreide-, Metallverarbeitung, Maschinenindustrie, Lederindustrie, Holz- und Schiffsbauindustrie, Bekleidungsindustrie und Angelegenheiten zusammenarbeiten. Bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes soll die Krisenfürsorge auf sämtliche Berufe ausgedehnt werden. Die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge soll allgemein auf 39 Wochen, für Unternehmer über 40 Jahre bis auf 52 Wochen verlängert werden. Die auch aus der Krisenfürsorge ausgeschlossenen Erwerbslosen sollen bei Notstandsarbeiten bevorzugt berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Pfeiffer (D.Vp.) beantragt die Streichung der in der Entschließung enthaltenen Forderung auf allgemeine Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 29 Wochen.

Reichsarbeitsminister Bißell erklärt, daß sich der Arbeitsmarkt im Laufe des Frühjahres gebessert habe und er auch jetzt noch von den verschiedensten Seiten, insbesondere vom Bergwerke und von der Landwirtschaft wichtige Anregungen erfahre. Allerdings ließe die wirtschaftliche Konjunktur nicht mehr auf der gleichen Höhe wie etwa vor einem halben Jahre, und die Beschäftigung in den ver-

schiedenen Teilen der Industrie sei recht unterschiedlich. Die Lage des Arbeitsmarktes spiegelte sich auch in den Zahlen der unterstützten Arbeitslosen wider, die erfreulicherweise erheblich geringer sind als im Winter, aber immerhin noch so hoch, daß wirtschaftlich aller Anlaß zu ernstster Sorge bestünde. Erfreulich sei, daß die lang Unterstützten dabei keinen sehr großen Bruchteil bildeten.

Der Minister betont dann seinen aufrichtigen Wunsch, gerade den lang Unterstützten nach Möglichkeit zu helfen, doch sei er bei diesem Bestreben an das Gesetz gebunden, das für die Krisenunterstützung eine andauernd besonders ungünstige Arbeitsmarktfrage voraussetze. Eine solche Arbeitsmarktfrage sei schon heute in einzelnen Berufen und Bezirken zweifellos gegeben. Hier müsse dem Gesetz entsprechend die Krisenunterstützung eingeführt werden, sofern dies nicht etwa schon geschehen sei. Man könne aber nicht davon sprechen, daß schon heute in allen Berufsgruppen und in allen Teilen des Reiches eine andauernd besonders ungünstige Arbeitsmarktfrage zu verzeichnen sei. Der Minister erklärte, er sei bereit, Fabrikarbeiter, die gewohnheitsmäßig mit Angehörigen der sechs generellen für die Krisenunterstützung zugelassenen Berufsgruppen zusammenarbeiten, allgemein auch zur Krisenunterstützung zuzulassen und Anträge auf Zulassung weiterer Berufsgruppen weiterher zu prüfen und ihnen, wenn sie gerechtfertigt seien, stattzugeben. Wenn die Lage einer Berufsgruppe im ganzen Reich oder in großen Teilen es verlange, so werde er sie als Ganzes in die Krisenunterstützung aufnehmen. Auch die Vorschriften über die Bedürftigkeit würden geprüft und nötigenfalls abgeändert werden. Von besonderer Bedeutung sei die Höchstdauer der Krisenunterstützung. Der Reichsanwalt habe bereits die Absicht der Reichsregierung angekündigt, die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Angestellten und Arbeiter über die gegenwärtige Grenze hinaus zu verlängern. Er selbst sei gern bereit, den älteren Angestellten Unterstützung bis zur Dauer von 52 Wochen zuteil werden zu lassen. Ob es möglich sein werde, die Krisenunterstützung allgemein von 26 auf 39 Wochen zu verlängern, könne zurzeit noch nicht gesagt werden. Er persönlich werde sich jedenfalls dafür einsetzen und auch dafür Sorge tragen, daß die Verlängerung für die älteren Angestellten und Arbeiter schon dann in Angriff genommen werde, wenn etwa die Verhandlungen über die weitergehenden Anträge des Ausschusses noch nicht gleich erledigt werden sollten. Die Entschließung zeige mit aller Deutlichkeit, daß der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages dem ganzen Ernst der Frage zu würdigen wisse.

Der Minister betont zum Schluß, daß er allen notleidenden Volksgenossen, die Gegenstand der Entschließung bilden, wenn irgend möglich, Hilfe gewähren würde.

Abg. Müller-Lichtenberg (Soz.)

erwidert, daß auch die Sozialdemokraten die Ungleichheiten der Arbeitslosenunterstützung kritisierten. Die Entschließung wolle ja die Unterstützung auf neue Berufsgruppen ausdehnen. Schon jetzt werde großes Elend gemildert. Der kommunistische Antrag, der nicht angenommen werden könne, diene nur dazu, die Verbesserungen zu verschleppen. (Fortgesetztes Rärm bei den Kommunisten, den Präsidenten Lohse rügt.) Daß Verbesserungen nötig seien, müsse anerkannt werden. — Auch in Rußland werde Unterstützung nur gewährt, wenn Bedürftigkeit vorliege. Von den vielen Millionen Arbeitslosen in Rußland würden nur 600 000 unterstützt. (Abg. Kuehnel (Komm.) wird wegen fortgesetzter Störung zur Ordnung gerufen.) In Rußland (auf bei den Komm. Deutschland! über alles!) bekämen die Unterstützten nur sechs Rubel monatlich. In derselben Zeit seien in Rußland vierzig Millionen Rubel für die Erwerbslosen gezahlt worden, in Deutschland aber acht hundert Millionen Mark.

Abg. Hädel (Komm.) wirft den Sozialdemokraten gegen den lauten Widerspruch des Abg. Luchhäuser vor, sie hätten gemeinsam mit den Deutschnationalen das Krisenfürsorgegesetz so ungünstig gestaltet, daß die Erwerbslosen dabei verhungern müßten. Mit der Ausweitung der Krisenunterstützung sei den Erwerbslosen nicht geholfen. Der Redner begründet einen weitergehenden kommunistischen Antrag.

Abg. Luchhäuser (Soz.)

betont gegenüber dem Abg. Hädel (Komm.), er stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Arbeitslosenversicherung ein Werk der Sozialdemokratie gegen die vereinigten Kommunisten und Deutschnationalen sei. (Gelächter und Zurufe bei den Komm.) Das Arbeitslosen Gesetz sei das erste Gesetz, das den unerbittlichen Zustand der Erwerbslosenlinderung beseitigt habe. (Erneute Unterbrechungen bei den Komm.) Es bedeute eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem älteren Zustand. Da die Kommunisten bei dem Zustandekommen des Gesetzes nicht mitgewirkt hätten, hätten sie heute auch kein Recht, es zu kritisieren. Er werde sich entschieden gegen den Versuch, die jetzt vorliegende Entschließung zu Fall zu bringen und dadurch lediglich die Arbeitslosen zu schädigen. Für den sichtbaren Kurswechsel in der Arbeitslosenlinderung gebühre dem Reichsarbeitsminister Dank. (Widerpruch bei den Komm.) Es sei Pflicht eines sozialdemokratischen Arbeitsministers, mit so-

fortiger Wirkung durch eine Verbesserung der Krisenfürsorge zu helfen. Sehr viele Wünsche der Kommunisten würden in der Entschließung erfüllt. Die Entschließung müsse sofort angenommen werden. Sie biete die Gewähr dafür, daß noch vor Wiederzusammentritt des Reichstages diese dringliche Maßnahme beginne. Die Sozialdemokratie, entschlossen zur sozialen Tat, lehne es aber ab, die Not der Arbeitslosen zu Paradies machen zu dürfen. (Beifall bei den Soz. Große Unruhe bei den Komm.) Abg. Störh (Natf.) erklärt, die Krisenunterstützung sei nicht ausreichend. Die Nationalsozialisten würden für die kommunistischen Anträge, bei ihrer Ablehnung für die Ausweitung der Krisenunterstützung stimmen. Aufschärfte müsse der Verschlechterungsantrag der Deutschen Volkspartei zurückgewiesen werden.

Die kommunistischen Anträge werden gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Die Entschließung des sozialpolitischen Ausschusses wird unter Ablehnung des volksparteilichen Änderungsantrages angenommen. — Ein Antrag der Wirtschaftspartei auf Änderung der Verteilung des vollen Gießereifachschonungstitel wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. — Um 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anwesenheitsgesetz, Steuerentlastung und kleinere Vorlagen.

## Die Zedenstillegungen vor dem Landtag

Die Rüstungsbetriebe bleiben außerhalb der Erwerbslosenlinderung

Präsident Bartels sprach am Mittwoch zunächst dem Abg. Herzold (Zr.) die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 80. Geburtstag aus. (Die Kommunisten rufen: „Der alte Kaiser!“ — Große Entrüstung im ganzen Hause.) Der Präsident teilt dann mit, daß für den Abgeordneten Kolosier der Abg. Wenzel-Berlin (Wirtschaftsp.) in den Landtag eingesetzt ist.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und bespricht die Anträge über die Notlage der Rüstungsbetriebe. Nach kurzen Ausführungen der Abg. Mörz (Komm.), Giesel (Nat. Soz.) und Rüdiger (D.Vp.) erhält das Wort Abg. Függen (Soz.). Während die Hochleistungsindustrie bis jetzt Beihilfen bekommen hat, haben die Rüstungsbetriebe bisher nur Kredite erhalten. Wir wollen, daß der Rüstungsbetriebe geholfen wird und werden deshalb darauf hinwirken, daß die Kredite entweder zu ganz geringen Zinssätzen gegeben oder in Beihilfen umgewandelt werden. Die Deutschnationalen haben sich trotz aller großen Worte lediglich darauf beschränkt, unsere schon früher gestellten Anträge aus den Protokollen abzuschreiben. (Hört, hört! bei den Soz.) Durch die Annahme unserer Anträge wird den Rüstungsbetrieben in wirksamer Weise geholfen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Die Ablehnung erregt die Ablehnung der Einbeziehung der Rüstungsbetriebe in die Erwerbslosenlinderung und die Annahme des sozialdemokratischen Antrags, durch geeignete Maßnahmen die Fächer in der westlichen Ostsee für den Verlust der nord-schleswigerischen Jaggründe zu entschädigen.

Das Haus überweist dann nach kurzer Aussprache die Vorlage über die unzulässige Anstellung in der Schutzpolizei des Beamtenauschusses. — Es folgt die Beratung der Hauptausweisungsentwürfe über die geplanten Zedenstillegungen und Bergarbeiterentlastung im Ruhrgebiet.

Abg. Jakob (Soz.) führte dazu aus: Wir können die Notwendigkeit der Zedenstillegungen und Arbeiterentlastungen nicht in dem Umfang anzuerkennen, wie sie vorgekommen werden sollen. Wenn man die Ursache lediglich auf die englische Konkurrenz abschiebt, vergißt man völlig die Nationalisierung, die sich nur auf Kosten der Arbeiterkraft auswirkt. Die angebliche Notlage der Ruhrindustrie wird treffend illustriert durch jüngstige Berichte, wonach im Jahre 1927 5394 und Töchter von Ruhrindustriellen in Monte Carlo nicht weniger als 300 Millionen Franken verspielt haben (hört, hört! bei den Soz.) Die siebenstündige Arbeitszeit nur in den Staatsbetrieben einzuführen, wie es die Kommunisten wollen, können wir uns aus dem Grunde nicht entschließen, weil die Staatsbetriebe nur ein Zehntel der gesamten Ruhrindustrie ausmachen. Damit würden die Staatsbetriebe konkurrenzfähig und schließlich eine Beute der Privatindustrie werden. — Der Redner spricht sich schließlich ganz energisch gegen die geplanten Stillegungen und Entlassungen aus.

Der Ausschussantrag, wonach die Staatsregierung aufgefordert wird, auf die Reichsregierung einzuwirken, das Kohlenwirtschaftsgebiet so zu verbessern, daß die Beteiligungsquote stillgelegter Gruben auf andere nicht übertragbar werden kann, wurde angenommen. — Schließlich verabschiedete das Haus noch eine Resolution des Wohnungsausschusses, die sich mit der Wohnungsnot der Beamten beschäftigt, und einen Antrag des Hauptauschusses, der die Regierung auffordert, die Auslandsanleihe der Provinz Ostpreußen tatkräftig zu fördern. Damit war die Tagesordnung erledigt. Das Haus ging mit den besten Wünschen des Präsidenten für gute Erholung in die Sommerferien. — Nächste Sitzung 2. Oktober.



## Der Seewolf

Von Jack London.

(Nachdruck verboten.)

Ich sah seinen Rot besolgen konnte, war der Zusammenstoß schon erfolgt. Wir mußten wohl gerade mittschiffs getroffen worden sein, denn ich sah nichts und der fremde Dampfer war schon aus meinem Gesichtskreis geschwunden. Das Holzmeer trug mich und hinterließ. Ich wurde auf das gleiche Def geschleudert und besaß ich mich aufrichten konnte, hörte ich auch schon das Kreischen der Frauen. Es waren die unbeschreiblichen, haarsträubenden Töne, die ich je gehört habe, und mich packte panischer Schrecken. Ich weiß nicht mehr, was in den nächsten Minuten geschah, wenn ich auch die deutliche Vorstellung habe, daß ich von den Getzten an der Rettungsgürtel herunterfiel, die der Mann mit dem roten Gesicht den hysterischen Frauen umlegte. Dieses Bild ist meinem Gedächtnis so scharf und deutlich eingegraben wie ein wirkliches Bild. Es ist ein Gemälde, das ich immer noch vor mir sehe: die zarten Hände des Kindes in der Reifenschwand, durch das der graue Nebel hereinwirbelte und kreierte; die Güte, auf denen alles herumlag, was den Eindruck plötzlicher Wut flucht erwartete; Kofette, Handtaschen, Schürze, Überzieher; der nackte Herr, der meinen Anfaß habiert hatte und jetzt die Zeitschrift noch in der Hand hielt und mich mit eindringlicher Dringlichkeit fragte, ob ich an etwa Gefahr glaube; der Mann mit dem roten Gesicht, der tapfer einer Frau nach der anderen den Rettungsgürtel umschlang, und schließlich das Tollhaus kreischender Weiber.

Dies Schreien der Weiber fiel mir am meisten auf die Nerven. Und dem Manne mit dem roten Gesicht muß es ebenso ergangen sein; denn nach ein anderes Bild haftet mir in der Erinnerung und wird mir daraus verdrängt. Der nackte Herr kopfte meine Zeitschrift in die Tasche seines Überziehers und blühte sich energisch um. Eine dicke Rasse von Frauen mit weißen, verzerrten Gesichtern und offenen Mäandern freizügige wie ein Chor verzerrten Seelen. Da wirt der Mann mit dem roten Gesicht — es ist jetzt ganzschwarz vor ihm — wie ein Felsblock, als wäre er Baum, der Blühtaderer, und ruf: Kabe, ich bin mir nahe ans! Ich weiß noch, daß dieser Mann mich plötzlich um seinen Arm reißt. Ich blühte im selben Augenblick, wie ich nicht über die Hand wußte, denn es waren Frauen des meines

Stamme, wie meine Mutter und meine Schwester, und die Todesangst lag über ihnen und sie wollten nicht sterben.

Das Entsetzen trieb mich an Deck hinaus. Ich fühlte mich krank, elend und voller Ekel. Ich sah mich auf eine Bank. Schamhaft sah und hörte ich, wie Männer umherliefen und verführten, die Boote hinabzulassen. Das Trampeln klemmte sich jetzt. Nichts blüpte. Ein Boot mit Frauen und Kindern füllte sich mit Wasser und kenterte. Ein anderes hing noch mit einem Ende oben, während das andere schon unten war, und so blieb es hängen. Der fremde Dampfer, der unser Unglück verschuldet hatte, ließ nichts von sich hören.

Ich hing zum unteren Deck hinunter. Anscheinend sank die „Martinez“ sehr schnell, denn ich sah das Wasser jetzt dicht unter mir. Viele Passagiere sprangen über Bord. Die im Wasser waren sprühen, man solle sie wieder an Bord holen. Aber kein Mensch kümmerte sich um sie. Ein Schrei erklang: „Wir sinken!“ Ich wurde von der jetzt einsetzenden Panik angefaßt und stürzte mich in einer Flut von Körpern über Bord. Wie ich ins Wasser kam, weiß ich nicht mehr, was ich aber sofort begriff, war, warum alle, die drinnen schwammen, sich so schief nach dem Dampfer zurückwärtigten. Das Wasser war so kalt, daß es schmerzte. Die Kälte drang bis ins Mark, sie war wie der Griff des Todes. Vor Angst und Schrecken schnappte ich nach Luft, versuchte zu atmen, bevor mich noch der Rettungsgürtel an die Oberfläche getrieben hätte. Der Salzeiswasser brannte mir im Munde und ich erkälte fast an der beidenden Länge, die mir Achse und Lungen füllte. Aber das furchtbare war die Kälte. Rings um mich im Wasser rangen und zappelten Menschen. Ich hörte, wie sie sich gegenseitig anriefen. Meine unteren Gliedmaßen waren ganz empfangungslos, eine einge Starre hatte sich mir um Herz und Durchdringung. Kleine Wellen brachen unausgesetzt über meinen Kopf hinweg und in meinen Mund und drohten mich immer wieder zu erstickend.

Der Mann wurde ebenfalls. Das letzte, was ich hörte, war ein Schrei von verzweifelter Schreien in der Ferne, der mir sagte, daß die „Martinez“ untergegangen war. Dann — wieviel Zeit verstrich war, weiß ich nicht — kam ich in einem plötzlichen Augenblick übermäßigem Ernst zu mir. Ich war allein. Eine allgemeine Wollstummheit ist nicht so fürchterlich wie die eines einzelnen Menschen puden lang, und die Beine einer solchen Panik war ich. Wo trieb ich hin? Der Mann mit dem roten Gesicht hatte gesagt, daß die Güte durch das Goldene Tor hinauswärtig. Dann wurde ich alle auf die hohe See hinaus-

getrieben! Und der Rettungsgürtel, der mich trug? Konnte er nicht jeden Augenblick in Stücke gehen? Ich hatte gehört, daß diese Dinger oft aus Papier und Binden gemacht waren, die sich schnell vollzogen und alle Tragfähigkeit verloren. Und dabei hatte ich nicht die geringste Ahnung von Schwimmen! Ganz allein trieb ich, offenbar mit der Strömung, in die graue unendliche Weidlichkeit hinaus. Ich gehe, daß ich mich wie ein wackelhändiger benahm. Ich irrte, wie die Frauen es getan hatten, und schlug mit meinen starren Händen wild das Wasser.

Wie lange das dauerte, weiß ich nicht. Eine Ohnmacht überkam mich, aus der ich keine andere Erinnerung behielt, als daß sie einem langen, schmerzhaften Schlafes gleich. Nach Jahrhunderten erwachte ich und da erblickte ich, fast über meinem Kopf, den Bug eines Fahrzeuges, das langsam aus dem Nebel auftauchte. Ich wollte rufen, brachte aber keinen Ton heraus.

Das Heck des Schiffes schob vorbei, sank in ein Wellental. Ich sah flüchtig den Mann am Ruder und einen anderen, der nichts zu tun schien, als eine Zigarre zu rauchen. Ich sah den Rauch, der sich von seinen Lippen löste, als er langsam den Kopf wandte und in meiner Richtung über das Wasser blühte. Er schien in tiefe Gedanken verfunken zu sein und mich packte Furcht, daß seine Augen mich, selbst wenn sie mich trügen, nicht sehen würden. Aber sie sahen mich, blühten gerade in die meinen! Er sprang aus Ruder, schob den anderen beiseite und drehte niedergerast das Rad, während er gleichzeitig irgendwelche Befehle schrie. Aber das Schiff schien seinen Kurs fortzusetzen und war im selben Augenblick im Nebel verschwunden.

Ich fühlte, wie ich in eine Ohnmacht glitt und versuchte mit aller Willenskraft gegen die erstidende Leere und die Dunkelheit, die mich zu überwältigen drohten, anzukämpfen. Kurz darauf hörte ich Ruderschläge, die immer näher kamen, und die Stimme eines Mannes. Als er ganz nahe war, hörte ich ihn ängstlich sagen: „Zum Donnerwetter, warum rufst du nicht?“ „Er meinte mich.“ Mit diesem Gedanken verfant ich in Leere und Finsternis.

Ich schien in einem mächtigen Rhythmus durch ungeheure Räume zu schwimmen. Fimmernne Funken strübten und schienen an meinen Augen vorbei. Als ich die äußerste Grenze meines Schwerges erreicht hatte und gerade zurückschwimmen wollte, erlöste donnernd ein Riesengong.

(Fortsetzung folgt.)

# Offene Militärdiktatur in Polen?

## Pilsudskis neueste Drohung gegen das polnische Parlament

Warschau, Anfang Juli.

Wenn ein künftiger Historiker einmal die polnischen Verfassungszustände nach der Machtergreifung Pilsudskis im Mai 1926 schildern will, wird er es nicht leicht haben. Herrscht in Polen heute die nach dem Buchstaben der polnischen Verfassung gültige Demokratie oder herrscht hier, wo praktisch alle politischen Entscheidungen letzten Endes beim Armeeführer Pilsudski liegen, bereits Diktatur? Ein Vergleich mit den Zuständen in demokratischen Ländern wie Deutschland oder Frankreich wird das Urteil über Polen vom demokratischen Standpunkt aus ziemlich abfällig werden lassen. Ein Vergleich aber mit offenen Diktatur-Systemen, wie sie etwa in Italien oder Spanien herrschen, wird doch noch demokratische Züge in der polnischen Gegenwartsstellung entdecken. Der Sejm wurde zwar nach dem Sturz immer wieder praktisch ausgeschaltet, aber Pilsudski appellierte dann doch an das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zur verfassungsmäßigen Bildung eines neuen Sejm. Diese Wahl wurde zwar von der Regierung des Marschalls vielfach in unerlaubter Weise beeinflusst und in ihren Ergebnissen dadurch gefälscht. Aber, als der neue Sejm trotzdem wieder seine Mehrheit der Pilsudski-Anhänger enthielt, fand sich die Regierung auch damit ab und ließ sich ihre Haushaltsvorlage mit wesentlichen Mehrheiten bewilligen. Wie weit sich die tatsächlichen Machthaber damit ehrlich an die Parlamentsbeschlüsse banden, die teilweise auch Änderungen und Abträge an der Regierungsvorlage enthielten, das konnte einigermaßen zweifelhaft bleiben. War doch der Budgetanschlag des Vorjahres nach Mitteilungen des stramm pilsudskischen, also als Zeugen ganz unverdächtigen Haushaltsreferenten des Senats um Hunderte von Millionen überschritten worden, ohne daß darüber auch nur nachträglich Rechnungslegung aus Parlament erfolgte! Die äußere parlamentarische Form wurde diesmal aber gewahrt und den geduldrigen Bemühungen des großen sozialistischen Sejmarschalls Daszynski schien es zu gelingen, die Vorteile demokratischer-parlamentarischer Staatsführung mindestens einem Teil der Pilsudski-Anhänger auch innerlich näher zu bringen. Die Bildung einer Sondervereinigung der demokratischen Elemente innerhalb des Regierungslagers wurde allgemein als ein Zeichen für diese Entwicklung angesehen.

Optimisten deuteten zunächst auch den Rücktritt Pilsudskis von der Ministerpräsidentenstellung als weiteres Merkmal eines Ausgleichs zwischen Regierung und Parlament, als Beweis der Befriedigung des Marschalls über die große Sejm-Mehrheit für den Staatshaushalt. Da kam — plötzlich wie alle Aktionen Pilsudskis — die persönliche Erklärung des Heerführers über die Beweggründe dieses seines Schritts. Form und Inhalt bedeuteten für alle optimistischen Beurteiler der polnischen Verfassungsentwicklung die tiefste Enttäuschung. Eine neue Schreibmaschine seitens lange Schimpfkanone gegen das Parlament, die mit der Versicherung beginnt, ein Mann wie er, Pilsudski, müsse bei Fortdauer der parlamentarischen Rechte die Führung der Ministerpräsidentenstelle seiner ebenso unwürdigen finden wie das früher von ihm abgelehnte Amt des Staatspräsidenten und zum Abschluß den Hinweis auf die Möglichkeit der Organisation eines neuen Verfassungsrechts samt der Versicherung, daß er in Krisenzeiten wieder für die Durchführung der weitgehendsten Entscheidungen zur Verfügung stehen werde.

Pilsudski versichert dazwischen zwar selbst, daß er körperlich wieder völlig auf der Höhe sei. Tatsächlich scheint er den leichten Lähmungsanfall, der ihn eine Reihe von Wochen von der Arbeit fernhielt, gut überwunden zu haben. Aber unabhängig von seiner körperlichen Ertränkung zeigte sich schon seit Jahren im Verhalten des Marschalls eine wachsende seelisch-geistige Anomalie, wie sie auch sonst gerade Selbstherrscher und Diktatoren zu bedrohen pflegt. Das oberste Organ seines persönlichen Feindes Korfanty druckte nach der letzten Presseäußerung des Marschalls kommentarlos einen Auszug aus einem psychiatrischen Lehrbuch über „Paranoia“ ab, jene krankhafte Wahnentwicklung, die dem Betroffenen die Vorstellung erweckt, er werde verfolgt, sei persönlich von ganz überragender Bedeutung und müsse sich in den verhassten Ausdrucksformen zur Geltung bringen. Ein Mann wie Pilsudski, der jahrzehntelang als Führer der polnischen Unabhängigkeitsbewegung tatsächlich verfolgt wurde und auch das höchste Selbstbewußtsein einer geschichtlichen Leistung für sich in Anspruch nehmen kann, mag heute, da ihn nur noch ergebene Bewunderer und charakterlose Schmeichler umgeben, den Gefahren einer solchen psychischen Erkrankung tatsächlich kaum mehr entgegen können. Darf er doch, gestützt auf das aus seinen Regionen entdankende Heer in dessen Kommandostellen sich seit 1926 keiner seiner politischen Gegner mehr halten konnte, ausführen, was ihm nur in dem Sinn kommt.

Sein letztes innenpolitisches Ziel ist jetzt offenbar eine Verfassungszureform, durch die der Posten des Staatspräsidenten ganz auf seine Person zugeschnitten wird: Aufhebung der Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Parlament, Konzentrierung aller Rechte in der Person des Staatsoberhauptes nach dem Muster der amerikanischen Präsidienverfassung, aber ohne die demokratische Gegengewichte der amerikanischen Volksrechte. Die notwendige Mehrheit für eine solche Verfassungsänderung ist im polnischen Parlament nicht zu finden. Daher Pilsudskis krankhaft-wütende Ausfälle gegen den Sejm der „Kuren“, „Lumpen“, „Schweine“, aus denen er selbst seine eigenen Anhänger unter den Parlamentariern auszunehmen vergaß.

Der sozialistische „Robotnik“ hat in einem — alsbald beschlagenehten — Artikel sofort geantwortet: ein Staatsstreich, wie ihn der Marschall offen androhe, bedeute Bürgerkrieg. Man darf sich aber darüber nicht täuschen lassen, daß bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung alle Chancen zunächst noch auf Seiten des Heerführers liegen. Die Industrialisierung ist in Polen auch in der letzten Zeit durchaus nicht so rasch fortgeschritten, daß die Arbeiterschaft bereits einen erheblichen Teil der Bevölkerung darstellen und machtvolle Organisationen aufstellen könnte. Die Kleinbauern, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, würden zwar im Kampfe um die Demokratie auf Seiten der sozialistischen Arbeiter stehen. Sie sind aber politisch noch weniger schlagkräftig organisiert als die Arbeiter. Die nationalen Minderheiten sind gleichfalls an der Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie interessiert, die ihnen angesichts der Ausschaltung ihrer Volksangehörigen aus der Verwaltung die einzige Möglichkeit bietet, sich politisch überhaupt

geltend zu machen. Wer aber mit ihnen im Bunde steht, hat schon dadurch alle nationalistischen Instinkte in der Armee, in der Bürokratie und in der polnischen Bourgeoisie gegen sich. In einem zweiten Artikel hat der „Robotnik“ seine Leserschaft daher bereits darauf vorbereitet, daß die sozialistische Presse in Polen in absehbarer Zeit vielleicht illegal erscheinen dürfte.

Die Möglichkeiten eines raschen äußeren Erfolges für einen neuen Staatsstreich sind also gegeben. Ob sich die Männer um Pilsudski dadurch wirklich darüber hinwegtäuschen lassen, was die vollständige Aufhebung der Demokratie für einen Staat wie den ihren auf die Dauer bedeuten muß? Im Innern dürfte die Schließung aller demokratischen Ventile für die schärfsten sozialen Gegensätze der frühkapitalistischen, auf dem Lande halbfeudalen

# Um die Nechtung des Krieges

## Reichsregierung und Kellogg-Pakt

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Scheidemann (Soz.) und in Anwesenheit des Reichszustatzers Müller zusammen, um die mit dem Kellogg-Pakt, dem Sicherheitskomitee und der Völkerbunderratsitzung zusammenhängenden politischen Probleme zu erörtern. Staatssekretär v. Schubert gab zunächst eine ausführliche historische Darstellung der den Kellogg-Pakt betreffenden diplomatischen Vorgänge. Ueber die Arbeiten des Sicherheits-Komitees sprach alsdann Staatssekretär a. D. von Simson. Den Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung folgte eine umfangreiche Aussprache.

Am Schluß der Sitzung gab der Vorsitzende, Abgeordnete Scheidemann (Soz.) den besten Wünschen des Ausschusses für eine baldige völlige Genesung des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann Ausdruck. Die Ergebnisse der Verhandlung zusammenfassend, erklärte er: „Die große Mehrheit des Ausschusses habe ihr Einverständnis damit ausgesprochen, daß die Reichsregierung die letzte, amerikanische Note über den Kellogg-Pakt alsbald zutimmend beantwortet.“

Die Reichsregierung wird danach schon sehr bald auch auf die zweite Kellogg-Note bezüglich eines Vertrages über die Nechtung des Krieges eine zustimmende Antwort erteilen. Das bedeutet jedoch noch nicht die Unterzeichnung des Entwurfs. Wann sie erfolgen kann, ist noch ungewiß. Der Termin hängt namentlich von der Vereinigung der Meinungsverschiedenheiten ab, die vorerst noch zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich bestehen. Das französische Kabinett wünscht bekanntlich die ausdrückliche Betonung der Berechtigung des Verteidigungskrieges und die Berücksichtigung der militärischen Verpflichtungen, die den einzelnen Staaten aus dem Völkerbundspakt, den Locarno-Abmachungen und sonstigen beim Völkerbundsekretariat registrierten und damit anerkannten Verträgen erwachsen. Der Wortlaut des amerikanischen Entwurfs spricht nun von der Ablehnung des Krieges ganz allgemein und wenn auch in der letzten amerikanischen Note die französischen Bedenken mit dem Hinweis auf die Auslegungsfähigkeit der amerikanischen Vorlage als unbegründet bezeichnet worden sind, so bestehen doch Zweifel, ob die Pariser Regierung sich mit diesen Feststellungen begnügt, nicht entweder eine Abänderung des Vertragswortes oder die Unterzeichnung von ihrem Standpunkt gerecht werdenden Sonderprotokollen fordert.

Es ist vorgesehen, daß der Kriegskampfpakt in Kraft tritt, wenn außer den sechs Großmächten an die Amerika unter-

zeichneten Wirtschaft und für die ungelösten Nationalitätenfragen der überwiegend nichtpolnischen besiedelten Grenzprovinzen eine Hochspannung erzeugen, der auch der schürstige Druck nur vorübergehend gewachsen sein kann. Und wie wäre die Wirkung im Auslande, das auch jetzt Polen bei allen wirtschaftlichen Verhandlungen noch mit einem Mißtrauen gegenüber steht, dessen Umfang man an den amerikanischen Zinslähnen für polnische Staatsanleihen im Vergleich etwa zu Amerika-Anleihen für Deutschland oder Westeuropa ablesen kann? Läßt man sich in Warschau durch gelegentliche Sympathie-Äußerungen englischer konservativer Zeitungen oder amerikanischer Wankler für das Pilsudski-Regime darüber täuschen, daß diese Zinslähne bei den ersten inneren Schwierigkeiten noch höher werden würden?

Pilsudski war von Hause aus bekanntlich Revolutionär und nicht Reaktionär. Selbst ein Reaktionär müßte aber bei vernünftiger Erwägung einer Ausblicks Bedenken gegen eine gewalttätige Beiseiteschiebung des ohnehin so schwachen Parlaments tragen. Die Frage ist nur, ob Polens nächste Zukunft durch Erwägungen der Vernunft bestimmt werden wird.

früherlich gedacht hat, auch Belgien, Polen und die Tschechoslowakei als Mächte, die im Locarno beteiligt waren, unterschrieben haben. Dann steht allen übrigen Staaten der Zutritt offen und wir dürfen annehmen, auch denjenigen, die das englische Außenministerium seinerzeit ausnehmen wollte, weil sie entweder noch nicht allgemein anerkannt seien oder noch nicht den Beweis erbracht hätten, daß sie die Ruhe und Ordnung bei sich selbst aufrecht erhalten können. Eine derartige Zurückweisung einzelner Staaten würde den Weg zur Universalität des Vertrages von vornherein verbanen und der Abmachung damit sehr viel von ihrem Wert und ihrer Bedeutung rauben.

## Die Note schon überreicht

Die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte amerikanische Note vom 23. Juni dieses Jahres über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Nechtung des Krieges, ist am Mittwoch nachmittag dem amerikanischen Botschafter überreicht worden. Die Note wird am Freitag veröffentlicht werden.

## Englands Stellung zur letzten Kellogg-Note

London, 11. Juli. In der Nachmittagsitzung des Unterhauses am Mittwoch erklärte Außenminister Chamberlain, er glaube zuverlässlich, die Antwort der britischen Regierung auf die Vorschläge des Staatssekretärs Kellogg noch vor Abschluß der gegenwärtigen Parlamentstagung abgeben zu können. Chamberlain wies weiter die Behauptung, wonach er die Absicht habe, die Vorschläge des amerikanischen Staatssekretärs abzuändern, nachdrücklich zurück und betonte, daß die Verzögerung in der Abgabe der britischen Antwortnote nicht auf die Rücksprache mit den Dominions, sondern darauf zurückzuführen sei, daß ein sehr bedeutender Vorschlag nach Ansicht der britischen Regierung einer genauen Prüfung bedürfe.

## Frankreich unterzeichnet den Kellogg-Pakt

Paris, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Antwort auf die letzte Kellogg-Note hat am Mittwoch die Billigung des Ministerrates gefunden. Frankreich stimmt darin im Prinzip dem letzten Friedenspaktvorschlag der Vereinigten Staaten zu, behält sich aber noch einer Meldung des Matin die volle Freiheit vor, trotz der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes zu den Waffen zu greifen, wenn die bestehenden Verträge, neutrale Zonen bedroht oder seine Verbündeten überfallen werden.

## Für den deutsch-österreichischen Zusammenschluß

London, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht einen Artikel, in dem er sich für den Zusammenschluß von Deutschland und Österreich einsetzt. Oesterreich sei total zerstückelt und lebensunfähig. Es sei auf die Barmherzigkeit der anderen Mächte angewiesen, weil sein Destruktion nur durch Auslandsanleihen gedeckt werden könne. Oesterreich werde zum Bettler Europas herabgewürdigt und es gebe nur eine Lösung, die Vereinigung mit Deutschland.

## Klare Fronten bei den deutschen Sozialisten Polens

### Ausscheiden der Bromberger Organisation aus der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens.

Die gemeinsame Arbeit der sozialistischen Bewegung in den drei historischen Gebieten der Polnischen Republik begegnet angesichts der Verschiedenartigkeit in der wirtschaftlichen, geistigen und politischen Entwicklung naturgemäß gewissen Schwierigkeiten, die sich in den letzten Jahren, besonders bei den deutschsprachigen Sozialisten bemerkbar machten. Während die Genossen in Schlessen gegenüber der schwach entwickelten sozialistischen Tradition eines überlitteralen Gebietes gegen den Nationalismus der Binikiewicz, die sich zum Heil der polnischen Sozialdemokratie als eigene Firma nach sächsischem Muster etabliert haben, wehren mußten, war der Gegensatz zwischen den polnischen und deutschen Genossen im roten Lodz nie so stark.

Die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei existiert daher eigentlich in doppelter Auflage, einmal in Schlessen und einmal im Lodzer Gebiet, ohne daß bisher eine wirkliche, einheitliche, organisatorische und politische Zusammenfassung möglich war. Immerhin hat aber das Zusammengehen mit der Polnischen Sozialdemokratie während der letzten Wahlen sowohl im roten Lodz wie in dem feindigen Agitationsgebiet der Schlessischen Arbeiterpartei eine feste Annäherung der beiden Gruppen wenigstens auf dem Gebiet der politischen Taktik gebracht. Diese gemeinsame taktische Linie wurde jedoch nicht unwesentlich durch das Auspringen der polnischen Sozialistischen Arbeiterpartei aus der deutschen Partei, die im wesentlichen ihrer Zugehörigkeit zur D.S.A.P. nicht mit den polnischen Sozialisten, sondern mit den Deutschbürgerlichen zusammen in den Wahlkampf trat. Die hieraus entstandenen Weiterungen haben nun zu einem Ausscheiden der polen-pommerschen Organisationen aus der D.S.A.P. geführt, das rein organisatorisch bedauerlich erscheinen mag, aber den politischen Aktus hinaus aber sicher eine erfreuliche Klärung bringt und die internationale sozialistische Einheitsfront, die in dem Sejm-Wahlkampf so verheißungsvoll begonnen hat, nicht wie unser Kattowitzer Bruderblatt meldet, hat der Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratie Polens in seiner Sitzung vom 7. Juli folgenden Beschluß zu dieser Frage gefaßt:

Der Bezirksvorstand der D.S.A.P. Bromberg verständigte den Parteivorstand, daß die Organisationen Polens-Pommern sich von der Partei losgelöst, und als D.S.P. Polens konstituiert haben.

Der Parteivorstand nimmt diese Mitteilung zur Kenntnis und stellt fest, daß mit obigem Beschluß die Bromberger Organisation sich außerhalb der Partei gestellt hat.

Durch diese Loslösung der Bromberger Organisation ist erklärlicherweise Beschlüssen des Parteivorstandes vorgegriffen worden, die für die gegenwärtige Taktik der Bromberger Organisation die Verantwortung nicht übernehmen und diese nicht billigen konnte.

Der Parteivorstand,  
Kowoll, Dr. Glücksmann, Pechka, Lukas,

## Berschwörung gegen den König von Spanien

### 100 Personen verhaftet

Madrid, 12. Juli. Ein amtliches Communiqué der spanischen Regierung, das gestern Abend hier ausgegeben wurde, meldet, daß man einer neuen Berschwörung auf die Spur gekommen sei, die ein Attentat gegen den König anläßlich der Einweihung der Trans-Pyrenäen-Bahn am 18. Juli beabsichtigt habe. Inzwischen wurden in Madrid, Barcelona und Saragozza 100 Personen verhaftet. Die Polizeimagnahmen für die Einweihungsfeierlichkeiten sind wesentlich verstärkt worden.

In dem amtlichen Communiqué heißt es zum Schluß, daß die Untersuchung keine Rücksicht auf die amtliche Stellung derjenigen Personen nehmen werde, die einer Mitschuld an dem Komplott überführt werden sollte. Dieser Satz hat große Sensation in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Man glaubt daraus schlußfolgern zu können, daß auch hohe militärische oder politische Persönlichkeiten in das Komplott verwickelt seien.

## Nor neuen Kämpfen zwischen Nanjing und Mukden

Peking, 11. Juli. Wie aus Mukden gemeldet wird, nehmen trotz des Waffenstillstandes zwischen den Süds- und Nordtruppen die Generale Yen und Feng Truppentransporte an der Mukden-Front vor. Der Bezirk Wanhsich ist bereits von ihnen besetzt, und die Truppen rücken in den Bezirk Schicholu vor. Tschangshueiung hat sofort vier Regimenter und zwei Kavalleriedivisionen gegen Fung und Yen abgefangen. Damit sind die Gerüchte über eine Beilegung des Streits zwischen Mukden und Nanjing widerlegt. Mukden bereitet sich zu ernstlichen Kämpfen mit Nanjing vor. Die für Peking bestimmte diplomatische Abordnung zu Friedensverhandlungen mit der Nanjing-Regierung ist aufgelöst worden.

## Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

### Schauspielhaus.

Operettenbühne. 6256  
Tel. 38300  
Seute und täglich 20 Uhr:  
Der Große Operetten-Größig  
**Gebelne.**

Achtung! Treuhänder Kaffeebohnen  
Markthalle Gartenstraße  
empfehle diese Woche  
ein junges fettes Fleisch  
alle Gärten frische Marktomare  
Knollenkartoffeln u. Gedultes  
a Spib. 35 Pf., 3 Spib. 1.00 Pf.

## Konzerthaus WAPPENHOF

**Heute ab 4 Uhr:  
Großer heiterer Nachmittag  
der beliebte Wappenhofball**

Anschließend:  
**der beliebte Wappenhofball**

Voranzeige!  
Sonnabend, den 14. Juli  
**großes Sommerfest  
des Konzerthaus Wappenhof**  
bellend **„Wochenend am der Ostsee“**  
Ab 4 Uhr: Großes Konzert und das ganze  
Wappenhof-Variété-Programm  
Auf der Spielweise **Großes Kinderkonzert**  
Gesamtleitung: Onkel Droly  
Kaspertheater, Kinderbeistellungen aller Art,  
Räuber-Lustspiel-Ansatz. Bei Eintritt der  
Qualität lebendige Belohnung der ge-  
samten Garten-Anlagen u. gr. Fackelumzug.  
In allen Sälen ab 5 Uhr  
**Großer Strand-Ball**  
Um jedem die Möglichkeit zum Besuche des Festes zu  
haben, beträgt der Eintrittspreis für Erwachsene u. Kinder  
**25 Pf.**

Die Veranstaltung findet nur einmal statt!  
Bei schlechter Witterung findet die gesamte Ver-  
anstaltung in den Sälen statt!

## Luna-Park

Dresden Morgenau Tel. 55624

**Heute Donnerstag**  
bei günstiger Witterung auf der  
neuerbauten Gärtenbühne

**Bunter Nachmittag**  
mit neuem Variété-Programm  
Kunst-Leitung: Willy Arnold  
Musik: Leopold Nimshaus, Wien.  
Anfang 4 Uhr, Eintritt 25 Pf.  
Anschließend der beliebte  
**Familien-Ball**  
Morgen Freitag: Verkehrter Ball

## Bitte Ausschneiden!

Bringe meinen geehrten Fahrkarten bei dem herrlichen Wetter  
eine Wasserfahrt nach den schönen Oderwäldern in Erinnerung,  
**Abfahrten finden an all. Wochentagen**  
ab Ohlau-Ufer vormittags 9 Uhr nach  
Oderschläschen, Wilhelmshafen, Lanisch, Steina, Margareth-Jungfersee  
ab Promenade 2<sup>10</sup> Uhr und Ohlau-Ufer 2<sup>10</sup> Uhr nachmittags dieselbe  
Richtung statt.  
Abfahrt ab Margareth nachmittags 2 Uhr und abends 7 Uhr.  
**Preis Margareth hin und zurück Mark 1.-**  
Ab Ohlau-Ufer 2<sup>10</sup> Uhr halbstündlich nach Wilhelmshafen und zurück.  
**Nach Sandberg**  
ab Königsbrücke vormittags 9 Uhr und nachm. 2<sup>10</sup> Uhr,  
„ Sandberg „ „ 12 „ abends 7 „  
**Preis hin und zurück Mark 1.-**  
**Promenaden-Abendfahrten**  
bis auf die Höhe von Jungfersee ohne Aussteigen zurück nach Breslau  
Abfahrt ab Ohlau-Ufer abends 8 Uhr, Ankunft in Breslau gegen 11 Uhr abends.  
Alle Fernfahrten finden nur bei genügender Beteiligung statt.  
**Preis Mark 1.-**

Tel. 55174 11681 Rudolf Katteln.

## Preussischer Hof, Dswik

Jeden Donnerstag: **Großer Tanz.**

Bitte bei allen Ein-  
läufen stets die  
Interenten  
unserer Zeitung  
zu berücksichtigen

## Krauss-Ware

verbürgt  
**langjährige Haltbarkeit**  
Volksbadewannen :: Waschwannen :: Sitzwannen  
Dampf-Waschmaschinen :: Wärmflaschen :: Leibwärmer

Verkaufsstellen: 10673  
**Alle Fachgeschäfte**

## Donnerstag - Freitag - Sonnabend Schluß-Tage

Bis zur letzten Minute die billigsten  
**Saison-  
Ausverkaufs-Schlager**


\*  
Morgen:  
**Einige Tausend  
Reste u. Abschnitte  
Wäschestoffe**

60 cm breite, feinfädige	Besonders gute, 60 cm breite	Linon-, Madapolam- und Renforcé-Reste
<b>Renforcé- und Renforcé-Reste</b>	mit Mako Reste mit Mako-Reste	80 cm breit in nur guten Qualitäten besonders für leichte Leib- wäsche geeignet. Längen bis 6 Metern
in Längen von 1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> bis 2 Metern	in Längen bis 4 Meter	in Rest Meter <b>30</b> Pf.
in Rest Meter <b>40</b> Pf.	in Rest Meter <b>60</b> Pf.	

## Reste und Abschnitte Bettdamaste

80 cm br., in nur gut. Qualit., verschied. schön. Blüten- u. Fantasiegest.  
**ganz besonders billig!**  
Serie I Meter **95** Pf. Serie II Meter **115**

Erfrischung-  
kann:  
1 Portion  
**Fruchts**  
mit  
Schlagsahne  
Portion.  
**30** Pf.



Erfrischung-  
kann:  
1 Paar  
**Wiener**  
mit Salat und  
1 Glas Bier  
reservieren  
**40** Pf.

Liedlich-Theater.  
Nur noch 4 Tage!  
Täglich 8 Uhr  
Unwiderruflich letzte  
Vorstellung 15. Juli!  
Der ungeheure Erfolg  
bei Publikum u. Presse

## Die große Revue

Große Kleingestehten  
in 30 Bildern mit dem  
unerschrockenen Reue-  
ensemble, den großen  
Attraktionen und den  
**Elite-Girls**

Voranzeige!  
Montag, 16. Juli, 8 Uhr  
Einmaliges Gastspiel  
von  
**Hansi Arnsfeldt**  
der besten deutschen  
Salondame, in:  
**Stiefmama**  
Quintette in 3 Akten  
von Friedrich U. Franz  
Der größte Erfolg  
dieser Spielzeit  
b. Wiener Burgtheater  
Ab Dienstag, d. 17. Juli  
täglich 8 Uhr:  
Gastspiel des Berliner  
Metropolitantheaters:  
**Die lustige Gündlerin**  
Preise ab 1 Mt.

## Arbeitshofen

Päckchen, für alle Betriebe  
Duisburger 7. Keywaystraße

### Kanarienvogel

entflog. Absuch geg. Bel.  
b. M. W. Westendstr. 68, I.

## Wir drucken

gut  
preiswert  
und  
schnell

## Also so, wie Sie es brauchen?

**Kaufgelude**

Jede Nähmaschine  
kauft höchstens 284  
Wieners, Gräbichener Str. 5

## Bohnungen

### Leerzimmer

mit Kochgelegenheit von Ehe-  
paar sofort gesucht. Offerten  
unt. B. 249 Geschäftsst. d. 3tg.

## Remise oder kl. Garage

per 1. 8. zu vermieten.  
Off. unt. B. 248 Geschäfts-  
stelle dieser Zeitung. 698

## Arbeitslose Frauen, Mädchen

mit Landarbeit o. rivant.  
werden als Wanderarbeiter  
für Dominien und als Fabrik-  
mädchen für bauerliche Bestzer  
für sofort gesucht  
Arbeitsnachweis der  
Landwirtschaftskammer  
Breslau, Bahnhofstr. 19  
Sof recht. 6517

## Zedige Adertüfcher

### Pferdeburgen u. Ochs-anpanner

für bäuerl. Besitzer u. Dominiern  
werden sofort gesucht vom  
**Arbeitsnachweis der  
Landwirtschaftskammer,  
Breslau, Bahnhofstr. 19**

## Kleine Anzeigen

sind komplez, geeichte ein-  
seitige Anzeigen von Ver-  
käufern, Kaufgeboten u. a.  
nur von Privatpersonen. Wort-  
3 Wienerig. tel: 4 Wienerig.

Wichtigste Unterrichts-  
berichte - zur Fortbildung  
für unteren Beamten laut  
Heinrich Kraus, Breslau 17.  
Kleinanzeigen 40.

# 3 Werbe-Tage

von Donnerstag, den 12.  
bis Sonnabend, d. 14. Juli

Jeder Käufer  
erhält an diesen Tagen  
trotz unserer billigen  
Preise beim Einkauf  
in Höhe von **3.- RMk.**  
**1 Pfd. Zucker gratis**

beim Einkauf  
in Höhe von **2.- RMk.**  
**1 Pfd. Vollreis gratis**

auf alle unsere Waren mit Aus-  
nahme von Margarine, Brot,  
Semmel und Zucker.  
Benutzen Sie diese Gelegenheit,  
überzeugen Sie sich von der  
Güte unserer Waren  
und kaufen Sie  
nur in den  
**Mühlen-Niederlagen**

d. Waren-Vertriebs u. Einkaufs G. m. b. H.	
Diamantstraße 37	Lohestraße 57
Friedrichstraße 13	Matthiasstraße 113
Gräbichener Straße 91	Schellingstraße 50
Lehmgrabenstraße 77	Tauentzienstraße 198
Westendstraße 53/55	Feinsprecher 397 97

## Das Rad des Siegers!

hergestellt eigens nach den besonderen Wünschen des  
Reinfahrers, ist kein Beweis für die Unübertretlichkeit  
jüngster Marke. im 6624

### Fahrradhaus Eximius



Reuschestraße 28

dagegen finden Sie in einer Riesenauswahl bestimmt das  
Rad, wie Sie es brauchen, sei es ein solides Touren-, Damen-  
oder Kinderrad oder ein schnittiges Sportmodell. Hiermit  
folgen einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit. Anzahl,  
Mk. 10.-, Abzahlung von Mk. 2,50 an.

Spezial-Räder:		Origin.-Marke-Räder	
Tourenrad . . . . .	79 50	Tourenrad . . . . .	110
Damenrad . . . . .	85.-	Damenrad . . . . .	115
Halbbrunner . . . . .	85.-	Halbbrunner . . . . .	120.-
do m. Außenlg. . . . .	105.-	Rennrad m. Außenlg. . . . .	145.-
		Rennrad m. la Holzfelg . . . . .	155.-

Sämtl. Räder mit 1a Bereitung und Torpedofreilauf!  
Fachm. geleitete Reparaturwerkstatt!

Neu!

## Bierversand in Syphons à 5 und 10 Liter

**Brauerei zum Birnbaum  
G. Sternagel-Haase**  
Brette Straße 8 Telefon 916 20  
6158



Der „Wahre Jacob“ zieht vom Leder  
für dich!  
Er kämpft mit wühbeschwingter Feder  
für dich!  
So tu' du auch mal was für ihn,  
empfehlung und propagiere ihn!

„Der Wahre Jacob“, das volkstümliche Witz-  
blatt, reich illustriert, anerkannt hervorragende  
Ausstattung, 144 Zie, 40 Pf. pro Nummer, zu  
haben in allen

## Volkswacht - Buchhandlungen Breslau

Neue Graupenstr. 5 • Neue Taschenstr. 11  
Hirstraße 4.

Die „Frauenwelt“ den Frauen  
Zum Lesen, Denken und Schauen!

## „Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau  
des schaffenden Volkes. Preis 40 Pf.  
Zu best. an: d. alten Zeitungsträger

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Juli 1928.

### Wen der Staatsanwalt schützt

Die besten Brüder sind es ja niemals, die den Staatsanwalt um Schutz vor der „Volkswacht“ oder einem ihrer Kopfbblätter anrufen, denn ohne Not befassen wir uns kritisch mit niemanden. Aber ein besonders drastischer Fall spielte gestern vor dem hiesigen Schöffengericht, wo Genosse Dars wegen angeblicher Beleidigung eines Amtsvorstehers aus dem Kreise „Militisch“ angeklagt war. Es war auch nicht das erste Mal, daß Genosse Dars ausgerechnet wegen dieses Amtsvorstehers vor Gericht stand. Im „Volkfreund“, einem Kopfbblatt der „Volkswacht“ war ein Artikel erschienen, worin dem Amtsvorstehrer Dummheit nachgelagt war. Das war ein falscher Ausdruck des Berichterstatters gewesen, denn Dummheit ist bekanntlich eine Gabe Gottes, und der Amtsvorstehrer hatte die kritisierten Handlungen nicht aus Dummheit, sondern aus berechnender Niedertracht, aus Geiz und Feindschaft gegen die armen Leute verübt. Trotzdem wollte er nicht nur ein Ehrenmann sein, sondern auch als klug und weise gelten. In seiner Raschheit hatte er dann nicht nur gegen den verantwortlichen Redakteur, sondern zugleich auch gegen einen Genossen Strafantrag gestellt, in dem er ohne jeden Schimmer eines Beweises den Verfasser vermutete. Das alles hatte er getan, um vor Gericht seinen Schwurhänger dafür zu erheben, daß er ein kluger und gerechter Mann sei, so wie er es schon früher gegenüber dem Genossen Dars beschworen hatte.

Aber diesmal kam es anders. Wer als Zeuge nicht erschien, war besagter Amtsvorstehrer. Und warum kam er nicht? Er hatte einen Jugendlichen veranlaßt, einem Müller, mit dem er aus Gründen seiner Habgier in Streit lebte, die Mühle anzuzünden. Die Mühle war abgebrannt und der Jugendliche als Täter erwischt worden. Der Amtsvorstehrer war als Urheber der Brandstiftung ebenfalls verhaftet worden, und um der sicheren Justizhausstrafe zu entgehen, hatte er sich in der ersten Nacht nach seiner Entlassung ins Militischer Gefängnis, aufgehängt.

Trotzdem mußte auf Grund seines Strafantrages gestern der Prozeß gegen den „Volkfreund“ verhandelt werden. Der Staatsanwalt beantragte wegen Beleidigung dieses Mustermenschen gegen Genossen Dars 50 Mark Geldstrafe, und gegen den Mitangeklagten Genossen Preispruch, da die Beweisaufnahme keinen Anhalt dafür geboten hatte, daß er der Berichterstatter gewesen sei.

Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Bandmann. Der absolut nicht dumme Amtsvorstehrer hatte zunächst Strafantrag gegen Genossen Zimmer als verantwortlicher Redakteur gestellt, obwohl der Name des Genossen Dars deutlich auf dieser Nummer der Zeitung zu lesen stand. Zimmer hatte die Verantwortung abgelehnt, und ehe Genosse Dars zur Vernehmung bestellt wurde, war — Verjährung eingetreten. Das Gericht zählte die Tage, und richtig, es lag Verjährung vor. Also wurde insoweit das Verfahren nach dem Antrage der Verteidigung eingestellt. Bei dem mitangeklagten Genossen lag Verjährung nicht vor. Er wurde freigesprochen und nach dem Antrage des Genossen Bandmann wurde ihm Ersatz aller Kosten einschließlich der Kosten der Verteidigung zugesprochen.

Wegen Leuten, die durchaus nicht besser sind als dieser Amtsvorstehrer, ist schon so mancher Redakteur unseres Blattes zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt worden. Aber wenn wir auch die Ehrenmänner richtig schätzten, war doch der Beweis nur selten so unmittelbar zu führen, wie ihn der Amtsvorstehrer aus dem Militischer Kreise selbst geführt hat.

### Eine Entschlüsselung der Polizeibeamten!

Die Ortsgruppe Breslau des Verbandes Preussischer Polizeibeamten e. V. hielt kürzlich im Gesellschaftshaus „Silezia“ eine Vollversammlung ab, in der der erste Vorsitzende, Verbandssekretär Franze, einen eingehenden Vortrag über die neuen Bestimmungen der unfindbaren Anstellung in der Schutzpolizei und die abgeänderten Ausführungsvorschriften zum Schutzpolizeibeamtengesetz hielt. In der anschließenden lebhaften Debatte wurde allseits eine scharfe Kritik an diesen neuen Bestimmungen geübt, ganz besonders deswegen, weil man die Anstellung innerhalb der Schutzpolizei nach den alten Grundsätzen lediglich nur noch bis zum 31. 3. 1928 zulassen will. Diese Sachlage führt zu einem bedeutend verschärften Abbau der jahrelang geeigneten Beamten der Schutzpolizei. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Protestentschließung eingebracht, die nach Abänderung in nachstehender Fassung einstimmig Annahme fand.

Die gut besuchte Versammlung der Ortsgruppe Breslau des Verbandes Preussischer Polizeibeamten e. V. hat von der neuen Vorschrift für die unfindbare Anstellung und den abgeänderten Ausführungsvorschriften zum Schutzpolizeibeamtengesetz Kenntnis genommen.

Beide Bestimmungen vermehren in schärfster Weise die an und für sich schon bestehende Rechtsunsicherheit der großen Masse der Schutzpolizeibeamten, die gerade unter den schwierigsten Verhältnissen der rückliegenden Zeit dem Staate treue Dienste geleistet haben. Die somit im Verwaltungswege jetzt erlassenen Vorschriften über die unfindbare Anstellung usw. lassen nicht erkennen, daß die Auslegung bzw. Durchführung des neuen Polizeibeamtengesetzes in einem günstigen Sinne für die Beamtenenschaft erfolgt, wenn das M. d. J. an dem Stichtag vom 31. März 1929 festhält, bis zu dem nur noch eine Anstellung nach den bisherigen Grundsätzen zulässig sein soll. Diese Freistellung läßt in der Beamtenchaft dem Eindruck eines Gewaltaktes aufkommen, dem zweierlei Ziele zugrunde liegen:

1. dem zum Schlagwort gewordenen Grundgesetz „der Verjüngung der Polizei“ zu dienen, d. h. alle dienstälteren Beamten fristgemäß mit der Vollendung der zwölfjährigen Dienstzeit oder darüber entlassen zu können;
2. bei evtl. Anstellung nach dem 31. März 1929 erworbene Ansprüche gemäß des Schutzpolizeibeamtengesetzes zu beschneiden.

Die Begründung des M. d. J. der 31. März 1929 müsse aufrecht erhalten bleiben, um möglichst bald alle Schutzpolizeibeamten unter ein einheitliches Recht zu stellen, kann nicht stichhaltig sein, denn der zur unfindbaren Anstellung gelangende Beamte fällt damit sowieso unter das Polizeibeamtengesetz. Andererseits ist die jetzt vertretene Auffassung des M. d. J. ein Widerspruch zu seiner bisher vertretenen Auffassung, daß das Polizeibeamtengesetz nicht sofort auf alle Beamte Anwendung finden könne.

## Güterverfahren vor dem Arbeitsgericht

Bei arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten ist das sogenannte Güterverfahren vorgeschrieben, das heißt, der Vorliegende muß eingangs der Verhandlung eines Streitfalles den gesamten Fragenkomplex aufröhlen und auf eine Einigung im Vergleichswege hinwirken. Bei den meisten Arbeitsgerichten, so auch in Breslau, geschieht dies in der Regel in einem besonderen Termin, dem die Laien-Arbeitsrichter nicht beiwohnen. Kommt keine Einigung zustande, so folgt erst die eigentliche „strenge“ Verhandlung vor dem vollbesetzten Arbeitsgericht, dabei ist aber ebenfalls nach § 57 des Arbeitsgerichts eine gütliche Erledigung des Rechtsstreites anzustreben. Diesen besonderen, den gerichtlichen Vergleich fördernden Vorschriften des Arbeitsgerichtsgesetzes entspricht die große Zahl von Vergleichen vor diesen Gerichten, die oftmals im Interesse der Parteien gelegen, oftmals aber auch in folge der wirtschaftlich schwächeren Position, des rechtlich überdies weniger kundigen Arbeitnehmers (soweit er nicht als Gewerkschaftler durch seinen Verband vertreten wird) einseitig zu dessen Schaden ausfällt.

Dies ist in vielen Fällen um so fühlbarer, als ja die Bewertung der fristigen Beträge bei Arbeitgeber und Arbeitnehmer ganz verschieden ist. Der Arbeitgeber kann ruhig abwarten, ob er 20 oder 25 Mark zu zahlen hat, während für den Arbeiter oder die Hausangestellte 5 Mark gar oft die Existenzfrage der nächsten Tage bedeuten.

Vor dem Arbeitsgericht geschlossene Vergleiche sind „vollstreckbare Titel“, das heißt, auf Grund eines Vergleiches kann eine vergleichsweise vereinbarte Zahlung ohne weiteres Verfahren durch den Gerichtsvollzieher eingetrieben, „vollstreckt“ oder eine vereinbarte Handlung, zum Beispiel Ausstellung eines Zeugnisses, durch gerichtliche Strafe erzwungen werden.

### Angeklagt wegen Diebstahls

wurde der auf dem Gute von S. beschäftigte Inspektor G. fristlos entlassen. Da er sich keines Diebstahls schuldig fühlte, klagte er auf Weiterbeschäftigung bzw. Gehaltszahlung bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist. Bei dem „Diebstahl“ handelte es sich um eine Fuhre Stroh, die unter der Hand verkauft worden sein sollte. Der beklagte Gutsbesitzer verlangte Aussetzung des Verfahrens, bis ein gegen den Kläger eingeleiteter Strafprozeß in dieser Sache entschieden sei. Da aber der Vertreter des Inspektors auf baldiger arbeitsgerichtlicher Regelung bestand, erklärte sich der Richter mit einer Beweiserhebung durch das Arbeitsgericht, außerhalb des Strafprozesses, einverstanden.

### Die fristige Lantieme

Der Gutsbeamte T. hat Klage vor dem Arbeitsgericht eingereicht, da die ihm angeblich zugesagte Lantieme nicht ausgezahlt worden war. Im Gütertermin bestritt sein Arbeitgeber, eine Lantieme zugesagt zu haben. Im übrigen zahlte er nur Reinertragsantieme, und da die Wirtschaft in letzter Zeit keinen Gewinn abgeworfen habe, so sei schon aus diesem Grunde eine Zahlung von Lantieme hinfällig. Dem aber wurde vom Kläger

Durch diese vom M. d. J. geschaffene Sachlage wird die Unterbringung einer sehr großen Anzahl versorgungsberechtigter Schutzpolizeibeamten weiterhin bedeutend erschwert und wird vom M. d. J. erwartet, daß man für diese weitgehendste Unterbringungsmöglichkeiten in andere Beamtenstellen sieht.

Ferner wird auch erwartet, daß zur Befreiung der schwierigen Verhältnisse der versorgungsberechtigten Beamten der Schutzpolizei baldigst die Vorschrift über die Anerkennung der Abschlußprüfungen erlassen wird. Bei einigermaßen Wohlwollen seitens des M. d. J. hätte es sich sehr wohl ermöglichen lassen, daß der jetzt auf den 31. März 1929 willkürlich festgesetzte Termin entsprechend dem Absatz 2 (Ziffer c) des § 59 des Polizeibeamtengesetzes festgesetzt worden wäre. (S. 1. 3. 33.)

Die Beamtenchaft erwartet von der Volksvertretung, daß sie ihren guten Einfluß geltend macht, um eine Aenderung dieser Verordnung zu erwirken.

### Sie töten den Geist nicht . . .

Ein Jahr ist vergangen, seitdem die Wiener Arbeiterchaft 90 Genossen, Schußbündler, Jugendgenossen und Rote Falken verloren hat. Die Schöberpolizei, die auf die demonstrierenden Arbeiter mit Dummton schöß, hat die Verachtung der ganzen Welt getroffen. Ershämt alle zur großen Solidaritätskundgebung Sonnabend, 20 Uhr, in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße. Referent: Genosse M a r a.

### Bekämpfung des Falschgeldweijens

Die Bekämpfung der Falschmünzerei macht eine besonders sorgfältige Nachrichtenübermittlung erforderlich. In älteren Rundbriefen des Preussischen Innenministers war die Meldepflicht über alle Fälle der Verfertigung und Verbreitung in oder aus ausländischen Papiergeldes an den Polizeipräsidenten in Berlin angeordnet worden. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ordnet der Preussische Minister des Innern nunmehr an, daß in Zukunft alle Meldungen über Falschgeldverbreitung und -Herstellung (Papier- und Hartgeld) von den Ortspolizeibehörden an die zuständigen Landesstriminalpolizeistellen zu richten sind, die für beschleunigte Weiterleitung an das Landesstriminalpolizeiamt (Falschgeldzentrale) zu sorgen haben.

Als Mangel in der Bekämpfung des Falschgeldweijens hat sich herausgestellt, daß vielfach diejenige Fälle nicht gemeldet werden, in denen Falschgeld (hauptsächlich Hartgeld) angehalten wird, ohne daß der Verdacht einer strafbaren Handlung durch den letzten Herausgeber vorliegt. Da erst durch die genaue Kenntnis aller Vorgänge über die Herausgabung von Falschgeld Schlüsse auf Hersteller, Verbreiter, Verfertiger usw. gezogen werden können, bringt der Minister die Erstattung auch dieser Meldungen als notwendig in Erinnerung.

## Wer im Besitz einer Partei-Funktionär-Karte ist,

muß auch für Verbreitung des Betriebs-Echos sorgen. Die Nr. 3 des Betriebs-Echos kann im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, 2. Etage, Zimmer 37, abgeholt werden.

**Betriebsvertrauensleute, denkt an eure Pflicht!**

widerprochen, der sich auf den Vorgänger berufte, welcher regelmäßig eine Hoheitsprämie ausbezahlt erhalten habe. Da zur Klärung dieses Falles eine Reihe von Zeugen vernommen werden mußten, und die Parteien sich nicht einigen, wurde die Angelegenheit in die fristige Verhandlung verwiesen.

### Sechs Monate Gehalt werden eingeklagt

Dem Gutsinspektor E. wurde mündlich gekündigt, dann aber — als die Arbeit besser ging — die Kündigung wieder zurückgenommen. Nun war er sehr erstaunt, als er nach einigen Monaten mit der Berufung auf die mündliche Kündigung entlassen wurde und klagte vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung von sechs Monaten Gehalt in Höhe von 450 Mark, da sein Vertrag eine halbjährliche Kündigung vorsieht, die seinerzeit erfolgte Kündigung aber ungültig sei, da sie widerrufen worden war. Ein vom Richter verbotener Vergleich kam nicht zustande, und so mußte auch diese Sache zum endgültigen Entscheid an die Kammer verwiesen werden.

### Fortbestehen des Lehrvertrages

Da ist das Lehrmädchen B. schon über ein Jahr in dem Berufsvorbereitungsbüro S. in Lehre. Sie wurde dann fristlos entlassen, weil ihre Leistungen durchaus ungenügend sein sollten. Nun stellt sie mit ihrem Vater vor dem Arbeitsgericht und klagt auf Feststellung, daß ihr befristeter Lehrvertrag fortbestehe. Die Beweisaufnahme ergibt, daß das Mädchen tatsächlich für die hier in Frage kommende Arbeit nicht tauglich ist und sie bisher nur äußerst schlechte Leistungen aufzuweisen hatte. Da es auch nicht für das Mädchen von Interesse sein kann, unter diesen Umständen das Lehrverhältnis fortzusetzen, einigte man sich im Vergleich. Die Beklagte erklärt sich bereit, ihr das Gehalt — ihre Entlassung erfolgte am 12. Mai — für Mai und Juni nachzuzahlen und sie außerdem noch einige Wochen in Schreibmaschinen schreiben und Stenographie auszubilden. Dagegen verzichtet das Lehrmädchen auf weitere Ansprüche aus dem Lehrverhältnis.

### Streit um Lohnhöhe

Nachdem das Tagmädchen W. das Dienstverhältnis bei Frau L. fristgemäß gelöst hatte, klagte sie vor dem Arbeitsgericht auf Nachzahlung von 20 Mark. Sie hatte einen Lohn von 25 Mark vereinbart, aber trotz ihres Einspruches stets nur 20 Mark erhalten. Die Beklagte wollte davon nichts wissen und beantragte Abweisung der Klage. Im Gütertermin konnte der Vorliegende durch einen Vergleich von 10 Mark diesen Streitfall rasch beenden.

### Berechtigte Lohnforderung

Die Hausangestellte S. hatte am 23. Juni ihren Dienst verlassen, aber für diese 23 Tage keinen Lohn erhalten. Vor dem Arbeitsgericht begründete die Dienstherrin ihre Zahlungsverweigerung damit, daß sie durch den Weggang des Mädchens einen bedeutenden Schaden (!) erlitten habe. Von Vorstehenden wird sie bekehrt, daß es aber nicht statthaft ist, diesen Schaden gegenüber dem — unter der Pfändungsgrenze liegenden — Lohn aufzurechnen, da der — nicht nachgewiesene — Schaden von dem Mädchen nicht vorzüglich verursacht wurde. Die „Gnädige“ mußte, falls sie den Schaden vergütet haben wollte, eine besondere Schadenersatzklage beim ordentlichen Gericht anstrengen. Da die Beklagte aber Befehlzung und Zahlung ablehnte, wird diese Sache vor der Kammer ihr Urteil finden.

### Billige Dresdensfahrt.

Sonntag, den 15. Juli, veranstaltet der Dresdner Verkehrsverein eine billige Gesellschaftsfahrt nach Dresden und der Sächsischen Schweiz. Das Programm sieht den Besuch der Jahreschau, eine Autorundfahrt durch Dresden, den Besuch der Museen und Sehenswürdigkeiten und einen Tagesausflug nach der Sächsischen Schweiz vor. Der zweektägige Aufenthalt kostet einschließlich Fahrt und allem 48 Mark, der viertägige 65 Mark. Voranmeldungen nimmt der Breslauer Verkehrsverein, Hauptbahnhof (Dörligeld), Fernsprecher 52 421 entgegen.

### Von der preussischen Justiz

Der Amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht nachstehend eine Übersicht über die Geschäfte bei den preussischen Landgerichten und den Staatsanwaltschaften bei ihnen für das Jahr 1927.

Die Zahl der Beamten betrug nach dem Haushaltsplan für 1927 4421 bei den Landgerichten, 1741 bei den Staatsanwaltschaften. Von Zivilsachen sind vor den Zivilkammern an bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz anhängig geworden 143 988 gewöhnliche Prozesse, 34 668 Ehecheidungsprozesse, 5400 Wechselprozesse; vor den Kammern für Handelsachen 40 827 gewöhnliche Prozesse, 4582 Arreste und einstweilige Verfügungen. In der Berufungsinstanz wurden vor den Zivilkammern 73 283 gewöhnliche Prozesse anhängig, vor den Kammern für Handelsachen 1638. Die Zahl der mündlichen Verhandlungen vor den Zivilkammern betrug in erster Instanz 411 409, in der Berufungsinstanz 117 866, vor den Kammern für Handelsachen in erster Instanz 21 090, in der Berufungsinstanz 2874. Die Verhandlungen erster Instanz endeten bei den gewöhnlichen Prozessen vor den Zivilkammern mit 40 127 Endurteilen auf Verurteilung, Verzicht, Anerkennung und zur Erledigung eines bedingten Urteils, vor den Kammern für Handelsachen mit 18 692 derartigen Endurteilen.

Von den überhängigen und den aus dem Berichtsjahr anhängigen 71 298 Ehesachen wurden in erster Instanz durch Urteil 25 097, ohne Urteil 19 799, in der Berufungsinstanz 2629, in der Revisionsinstanz 192 beendet.

Von allen durch konträdiktorischen, die Sache erledigendes Endurteil für die Instanz beendeten gewöhnlichen Prozessen hatten seit der Einreichung der Klageschrift oder der Ladung zur Terminbestimmung bis zur Verkündung jenes Urteils in erster Instanz 624 000; weniger als 6 Monate 26 523, 6 Monate bis ein Jahr 25 330, ein Jahr und mehr 13 829. In der Berufungsinstanz hatten gedauert: weniger als 6 Monate 34 067, 6 Monate bis ein Jahr 12 539, ein Jahr und mehr 2527.

Die Zahl der Strafachen ergibt folgendes Bild: es waren an Hauptverfahren in erster Instanz vor den Schwurgerichten an überhängigen und Sachen aus dem Berichtsjahr insgesamt anhängig 2227, an Berufungen vor den kleinen Strafkammern insgesamt 11 332 Privatklagen, 33 139 andere Vergehen und Uebertretungen, an Berufungen vor den großen Strafkammern 16 402 Vergehen und 8191 Verbrechen. Von den erstinstanzlichen Hauptverfahren vor den Schöffengerichten wurden beendet insgesamt 23 896 Sachen wegen Verbrechen und 45 993 Sachen wegen Vergehen, von den Privatklagen 8398, erledigt. 12 353 Vergehenssachen, die als Berufungen vor den großen Strafkammern waren, sind beendet worden. Vor den kleinen Strafkammern wurden 37 630 Hauptverfahren geurteilt, vor den Schwurgerichten 1972, vor den großen Strafkammern 20 475. Von den Urteilen, von denen die großen Strafkammern insgesamt 17 365 ergehen ließen, lauteten 6411 auf Aufhebung des ersten Urteils und 10 954 auf Verurteilung der Berufung. Die Zahl der Gnadenachen bei den Berufsorganen für Gnadenachen betrug 101 348.

# Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands

Trag drückender Hitze liegen es sich die Arbeitssopfer nicht nehmen, zu dem am 2., 3., 4. und 5. Juli einberufenen Mitgliebertreffen zu erscheinen. Den Kassierbericht vom zweiten Quartalsjahr 1928 erstattete der Kassierer, Kollege Kallner. Nach dem Bericht der Kassierer wurde ihm Entlastung erteilt. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstehenden ging hervor, daß die Ortsgruppe im letzten Quartalsjahr trotz der zahlreicheren Sterbefälle gute Fortschritte gemacht hat. Zum Andenken der Verstorbenen erhoben die Mitglieder von ihren Plänen. Im Gewerkschaftshaus, Friedrichstr. 11, in Bräuer's Salen sprach Kollege Wagner, in den Hubertuskäfen Kollege Krumm. Die augenblicklichen Renten sowie die Rücklage wurden einer eingehenden Betrachtung unterzogen, und darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Arbeitnehmer im Stadtparlament nichts unterlassen werden, um die traurige Lage der Vermissten der Armen lindern zu helfen. Der Kampf um die Nichtanrechnung der mit dem 1. Juli in Kraft tretenden höheren Renten auf die Zusatzrente, darüber hinaus um erhöhte Rücklage, wurde geschildert. Scharfe und berechtigte Kritik erfolgte über das besondere Verhalten der Vertreter der bürgerlichen Parteien im Stadtparlament. Vor den Wahlen haben jene Parteien den Mund nicht voll genug nehmen können, jetzt aber, wo es darum geht, soziales Verständnis in soziale Tat umzuwandeln, wird auf die schlechten Finanzen der Stadt hingewiesen. Arbeitssopfer von Breslau und den eingemeindeten Orten, führt euch um den Zentralverband der Arbeitsinvaliden. Mit dem Appell, durch engsten Zusammenschluß berechtigter Renten und Zusatzrenten zu erkämpfen, fanden die Referenten reichlichen Beifall.

Zu der in Kürze stattfindenden Kreisversammlung wurden von der Ortsgruppe Breslau folgende Kollegen und Kolleginnen delegiert: Kallner, Wagner, Krumm, Kothner. Montag, den 16. Juli, findet eine Sterbefallensammlung der Breslauer Sterbefallensammlung statt, und zwar nachmittags 2 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshaus. Unter Berücksichtigung wurde bekanntgegeben, daß die nächsten Mitgliederbesammlungen am 6. August im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, am 7. August in den Hubertuskäfen, Friedrich-Wilhelm-Straße, am 8. August im „Friedrichs“, Weinstraße, und am 9. August im Silesia-Saal, Friedrichstraße 11, stattfinden. Die Mitglieder wurden ermahnt, die festgelegten Sprechstunden inne zu halten. Diese finden regelmäßig Montag, Dienstag und Mittwoch von 9-12 Uhr im Zimmer 20, Margaretenstraße 17, statt. Anschließend kamen örtliche Angelegenheiten zur Ausprägung, worauf die anregend verlaufenen Besammlungen nach Aufnahme neuer Mitglieder geschlossen werden konnten.

# Der Verein der Ehrenbeamten der Stadt Breslau

veranlaßt am 9. Juli einen Sommerausflug nach dem idyllisch am Oberstrand gelegenen Rasthof, Kreis Ohlau. Zwei Dampfer waren von mehr als 700 Personen dicht besetzt. Unter den Rängen einer Kapelle glitten sie hinaus auf den schönen Oberstrom. Ein reiches und abwechslungsreiches Panorama tat sich nun den freudig gestimmten Festteilnehmern auf. Rechts und links die in lauem Grün prangenden Weidengebüsche, Wiesen und Felder. Auch der Strom mit seinen Bänken und vielen Einbuchtungen gab viel Schöneres ab. Gewaltige Überflutungen mit dem Kohlenhaltiger Eisenbahnzüge, lagen Seite an Seite, der Weiterfahrt harrend. Dann wieder lauschige Plätze am Ufer, wo Männlein und Weiblein sich in die Blüten stürzten oder aber auf dem Sande von den Sonnenstrahlen sich braunfärben ließen, ein ungemein interessantes Bild.

Da kam auch schon die Schleuse Ostwig in Sicht, die Umklammerung des Schiffes mit feuchten Mauerwänden löste zuerst ein unbehagliches Gefühl aus, aber für die meisten war es ein sehr interessantes Schauspiel, den Wasserpiegel steigen und fallen zu sehen. Als zweite Schleuse wurde die Zannowitzer Schleuse passiert, dann ging es aber freudig bis Ratowitz.

Bei dem Gasthausbesucher Resle wurde Einkehr gehalten, der den Garten und sämtliche Kaminöfen zur Aufnahme der vielen Teilnehmer zur Verfügung stellte.

In der Begrüßungsansprache hob der Vereinsvorsitzende, Herr Oberstadtschreiber Schwarz, mit Freude hervor, daß so viele der Einladung Folge geleistet und gerade besonders der legensreichen ehrenamtlichen Tätigkeit der Wohlfahrtsmitglieder im Dienste der Stadt, insbesondere der notleidenden Bevölkerung, sich bei mit Liebe und Verständnis für die Notleidenden einzusetzen, sei das Gebot der Stunde. Ebenso freute er sich, den Mitgliedern und ihren Gästen auch einmal einige fröhliche Stunden zu verschaffen und ihnen viel Vergnügen wünschen zu können. Den Dank an Vorstand und Vergnügungsausschuss, besonders aber dem tüchtigen und arbeitsamen Vorsitzenden dankte Herr Linke im Namen der Gäste ab. Es folgten nun verschiedene Belustigungen, als Freisschießen, Werkaufen für jung und alt usw. Im Garten selbst konzertierte die Musikkapelle, während im Saale bei den Klängen eines Orchesters dem Tanz gehuldet wurde. Schnell, allzu schnell verrannen die fröhlichen Stunden, als auch schon das Signal zum Aufbruch ertönte. Punkt 21 Uhr ging es wieder auf Grup-Bassel zu, wieder das Passieren der beiden Schleusen, um nach drei Stunden Fahrt zwar etwas müde, aber sonst freudig und heiter am Landungssteig am Ohlausser zu landen.

# Beschäftigung des Krematoriums

Die städtische Friedhofsverwaltung teilt mit bezug auf ihre früheren Bekanntmachungen mit, daß größere Bereinigungen in Zukunft wieder am Sonntag vormittag die städtische Feuerbestattungsanlage auf Teil 3 des städtischen Friedhofes Grabschänke befristet können, jedoch nur am dem Sonntag, der auf den dritten Kalendertag des betreffenden Monats folgt. Ein und derselben Bereinerung wird nur eine Beschäftigung im Halbjahr gestattet. Kleinere Gruppen und Einzelpersonen können die Anlage nur wochentags am Vormittag am besten in der Zeit bis 10 Uhr beschäftigen, sofern keine Einschränkungen stattfinden. Als Eintrittsgeld werden 20 Pf. je Person erhoben. Restzeitliche Anmeldeung bei der Inspektion des städtischen Friedhofes, Schloßgarten, Fernsprecher 365 41 und 301 43 ist notwendig. Dabei ist gleichzeitig die Beschäftigungszeit zu verzeichnen.

# Schleifische Bürgerfahrt mit Kraftfahrzeugen

Der Schleifische Bezirksverband teilt mit, daß am Sonntag, den 15. Juli, die schleifische Bürgerfahrt mit Kraftfahrzeugen wiederholt wird, und zwar werden wiederum Schlag Fürtensheim, die Voile- und Schweinhäuser und Ruine Kummerath besucht. Die Fahrt um 6 Uhr morgens vom Tauentzienplatz. Einleitende Gemeindeführer im „Schwarzen Adler“ in Pöllenheim (150 Mark). Die auch landwirtschaftlich aufbereitetem reißende Fahrt geht von Raybachtal, Ruine Kummerath nach Bad Goldbrunn, wo längere Zeit verbleiben wird. Rückfahrt über Schneidwitz mit kurzem Aufenthalt. Fahrkarten für Hin- und Rückfahrt zum Preise von 8,00 Mark sind in der Verkaufsstelle des Verkehrsvereins im Hauptbahnhof - Verkehrs-kasse - werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben.

# Geschichte der Grenzverkehr mit Frankreich und mit Polen

Von jetzt an ist Breslau zum Grenzverkehr mit Belgien und Holland (Lüttich) zugelassen. Die Gebühr für ein gewöhnliches Dreimantelgepäck am Tage beträgt 8 Mark. Ferner sind von 15. Juli an die deutschen Orte Bad Reichenhall, Bielsch, Wittenberg, Frankenstein (Schlesien), Röhren (Sachsen) und Breslau sowie die polnischen Orte Slesin (Slesien) und Wolowice zum deutsch-polnischen Grenzverkehr zugelassen. Die Gebühr für ein gewöhnliches Dreimantelgepäck von Breslau aus mit Slesin (Slesien) beträgt am Tage 2,50 Mark, mit Wolowice 3,00 Mark.

Im der verkehrsreichen Zeit, die im Grenzverkehr mit Frankreich bis Ende von 21 bis 8 Uhr, im Grenzverkehr mit Polen bis Ende von 19 bis 8 Uhr umfaßt, erlangen sich die Gebühren auf 1/2 der vorgenannten Höhe.

# Sozialdemokratische Partei

Partei-Zentrale: Gewerkschaftshaus, Zimmer 20

Direktion 1. Sonntag, Ausflug nach Schöflau. Treffpunkt pünktlich 8,30 Uhr am Freiburger Bahnh. Wir laden Sonntagstagskinder zum Preise von 10 Pf. für Hin- und Rückfahrt. Gute Beteiligung wird erwartet.

Direktion 2. Sonntag, den 15. Juli, Familienausflug nach Klein-Bochern. Abmarsch nachmittags 13,30 Uhr vom Direktionst. Hochstraße 7. Zahlreiche Beteiligung erwartet die Direktionsteilung.

**Sozialistische Kanongörner.**  
Abteilung Ost-Süd (Wiesbad.). Wir treffen uns heute um 10,30 Uhr am Hauptbahnhof.

**Abteilung West.** Heute find mit um 20 Uhr bei Graf, Westendstraße 37. Alle Mitglieder müssen erscheinen, da die Werbepostblätter ausgegeben werden.

**Abteilung Nord (S.A.S.).** Wir find heute um 10 Uhr in der Festungst. Turnhalle.

**Abteilung Jungfrauen!** Sonntagsabend findet unsere gemeinschaftliche Veranstaltung mit den Jungfrauen in der Wonschlichen Gemeinde statt. Wir treffen uns am 14. Juli um 19,30 Uhr am Festplatz, Eingang Feststraße, mit beiden Kapellen. Es ist daher notwendig, daß heute alle Mitglieder wichtiger Bekanntmachungen wegen, in der Turnhalle erscheinen.

**Sozialistische Arbeiterjugend.**  
Arbeiterjugend und Mädel! Besucht unsere Veranstaltungen. Morgen abend, 8 Uhr, find folgende Vorträge: „Ereignisse des braven Soldaten Schweigt“. Leiter: Genosse Kay 3 1 m a r e r.  
Heim 2 (Offener Schule). Tugendspiele.  
Heim 3 (Waterschule). „Einiges über Wandern“. Leiter: Genosse Kachowatsch.  
Heim 4 (Sprudelstraße 4). „Merke! Lustig“. Mitgliederbesamml. Leiter: Genosse Kolod.  
Heim 5 (Unterferingstraße). „Eine lustige Stunde“. Leiter: Genosse Kolod.  
Heim 6 (Geleier Straße). „Was ist Kapitalismus?“ Leiterin: Genossin Zils-Göttsch.  
Heim 10 (Rosenthal). Mitgliederbesamml. Obstele rechnen heute abend für Dels von 7-9 Uhr in der Züchenschule ab. Berichtsbogen nicht vergessen.

**Unterbesitzer treffen in Dels.** Die Vorbereitungen für dieses fest find getraffen. Die Dels'er Jugend erwartet uns recht zahlreich. Wir fahren in drei Abteilungen. 1. Abf. h a b e r find pünktlich 18 Uhr am Trebnitzer Platz. Leiter: Genosse Paul Kriemann. 2. Mit der Sachsa am Sonnabend versammeln wir uns spätestens um 18,45 Uhr am Overtorbahnhof. 3. Mit der Sachsa am Sonntag, wir versammeln uns um 6 Uhr am Overtorbahnhof. Kein Helm vergeße die Fächer, besagten find sämtliche Spielgeräte mitzubringen.

**Heiterungsgruppe.** Wegen einer wichtigen Probe für unser Unterbesitzer treffen in Dels kommen wir nicht heute, sondern erst über acht Tage wieder zusammen. Heim 7. Alle Genossen, die nach Dels fahren wollen, und noch nicht bezahlt haben, müssen das Geld spätestens bis 8,30 Uhr bei Gen. Berndt abliefern. Heute Ephemidenhausen, 7,30 Uhr, an der Straße. Freitag das Geld für den Handball nicht vergessen.

**Kaufmannsverein.** Eine Jubiläumsparty, die Sonnabend nach Dels fahren wollen treffen sich 8,30 Uhr am Trebnitzer Platz. Jeder macht sich einen roten Wimpel aus Papier.

# Von den Arbeiterlinderfreunden.

Abteilung, Gruppenleiter aus Gruppe 1, 4 und 7. Sendet leidet die Kinderzahl mit, die die letzten 14 Fertigtage in die Kinderrennstalt fahren. Achtet im Wohngelände auf die Unternehmungslust im Geländespiel, Spielplatz 6, 7. Gewerkschaft, (Silesia) Tor, Wo man von den Jungfrauen und Kinderfreunden die Gesellschaft (Stadter) mitmacht, aber das Geld noch nicht abgeliefert hat, muß dies Freitag in der Zeit von 5 bis 6 Uhr nachholen.

Die Festenfahrer treffen sich Sonnabend nachmittags 1,15 Uhr vor der Straße. Fahr nichts zu Hause vor dem notwendigen anzureichenden Sachse. Die Bekehrten, die in die Kinderrennstalt fahren, treffen sich Sonnabend um 5,30 Uhr zu der Festfahrt. Aber nur die Jünger.

Gruppe 2 (Overtor). Freitag, 17 Uhr. Jungfrauen im Heim. Berichte mitbringen. Ferngespräch vermeiden.

Gruppe 3. Jung- und Mädchen Donnerstags, 5 Uhr, an der Karolusstraße. Bei trockenem Wetter gehen wir auf die Wiese. Freitag, 5 Uhr, Jünger Gruppe, an der Karolusstraße.

# Herr Walter Riehl und die Girls

Zu unserer Meldung vom Dienstag schickt uns Herr Walter Riehl folgende Berichtigung:

Es ist unwar, daß „mich die Girls des Viktoria-Theaters mit Säufen und Stühlen verrottelt“.

Wahr ist vielmehr, daß 8 junge Mädchen im völlig leeren Durchgang des Café „Vier Jahreszeiten“ mich wegen der von uns gebrauchten Kritik zur Rede stellen wollten und den Versuch machten, zwei Stühle nach mir zu werfen. Es blieb bei dem mißlungenen Versuch.

Es ist unwar, daß ich „schleunigt die Flucht ergreifen mußte“.

Wahr ist vielmehr, daß ich auf derselben Stelle, an der mich die Mädchen zu stellen veruchten, stehen blieb, bis der Geschäftsführer des Lokals von seinem Hausrecht Gebrauch machte und die Mädchen in energischer Weise aus dem Lokal gemiesen hatte.

Es ist unwar, daß die Personalien der Mädchen von der Kriminalpolizei am Abend während der Vorstellung festgestellt worden sind.

Wahr ist vielmehr, daß die Kriminalpolizei am Abend des gleichen Tages im Theaterbüro erschien und die Girls, weil die Vorstellung schon begonnen hatte, durch ihren Direktor für den nächsten Vormittag 10 Uhr in das Dienztimmer des Fahndungs-kommandos zur Feststellung der Personalien ordnungsmäßig lud.

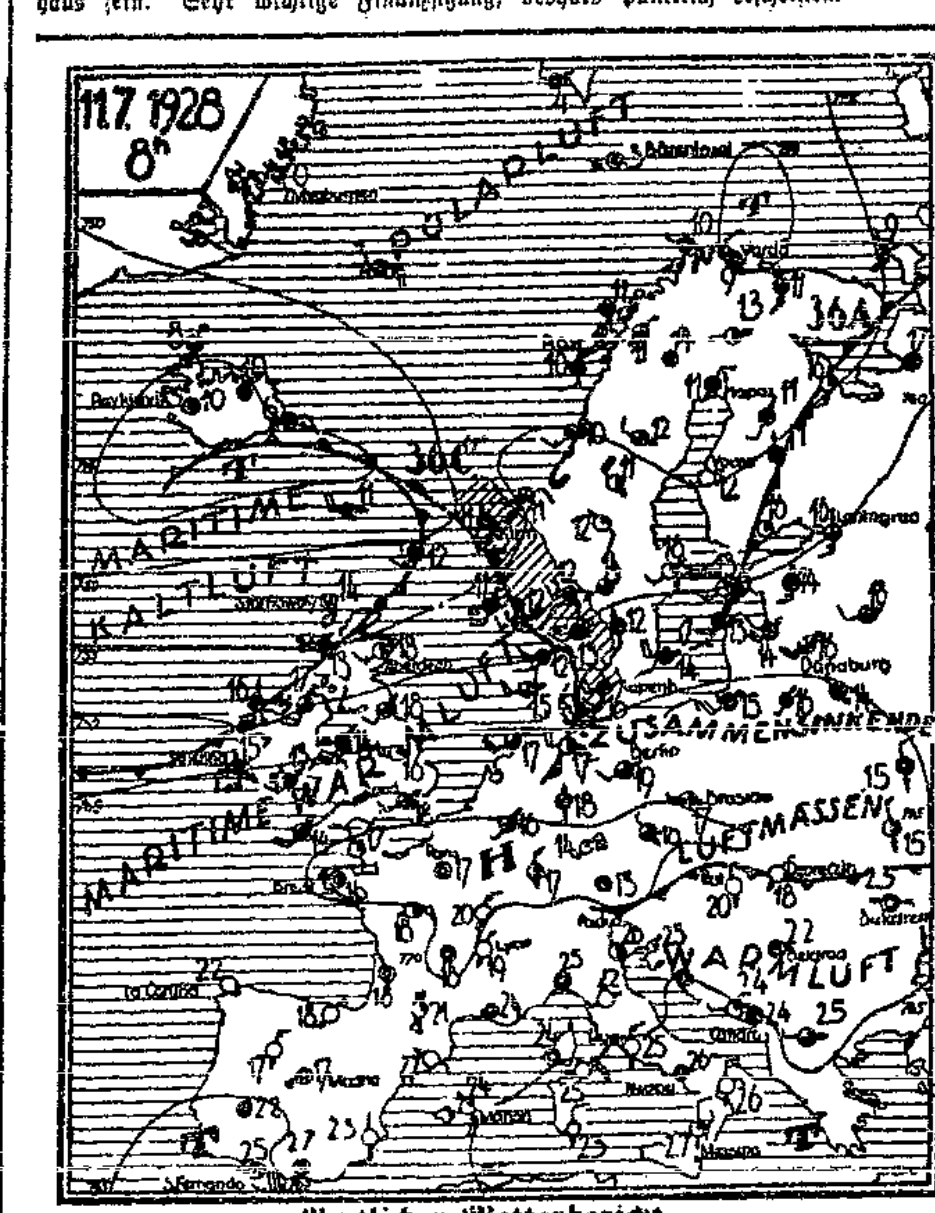
# Ein schlechter Beamter der Staatsanwaltschaft

Einem schweren Veritaensbruchs, bedingt durch eine gewisse Rohlage, hat sich der 43 Jahre alte Justizsekretär Paul Schneider zuwenden kommen lassen. Am Dienstag stand er vor dem Erweiterten Schöffengericht, um sich wegen Amtsunter-schlagung und Urkundenernichtung zu verantworten. Seine Verfehlungen hat er sich als Beamter der Staatsanwaltschaft zuzuschreiben kommen lassen. Als Schneider im Oktober v. J. krank wurde, fand sein Nachfolger in einer Wappe mit beiseitegelegten Akten Schriftstücke vor, die darauf hindeuteten, daß hier strafbare Handlungen begangen wurden, zumal man auch in seinem Schreibpult einen Beutel mit der Aufschrift über eine bestimmte Geldsumme fand, die verschwand war. Als Schneider zur Rede gestellt wurde, gab er zu, aus zwei Aktenfäcken Geld genommen und für sich verwendet zu haben, und zwar handelte es sich bei dem einen Aktenpult um das des Formers Fritz Tulke, dem bei seiner Verhaftung 80 Mark gestohlenen Geld abgenommen worden waren, die nun den Akten beigelegt werden sollten. Als der Beschlozene davon erfahren hatte, daß sich das Geld bei den Akten befindet, stellt er den Antrag, ihm dieses herauszugeben. Das Gericht hatte Schneider selbst deant-wortet, daß er sich nicht begibt, in dem er dem Beschlozenen mitteilte, daß ihm das Geld noch nicht ausgehändigt werden könne, weil es noch zur Beweisaufnahme benötigt werde. Bei einem anderen Aktenpult fehlte der Betrag von 33,85 Mark, der es die Staatsanwaltschaft nach Zeichen gefandt werden sollte. Schneider hatte zu seinem Geständnis auch noch erklärt, daß er die betreffenden Akten vernichtet habe. Jetzt vor Gericht widerriet er das Geständnis in vollem Umfange, indem er erklärte, das Geständnis sei ihm erprecht worden; man hätte ihm mit der Verhaftung gedroht. Schneider ist inzwischen auch auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Es ergab sich aber nichts, was die Angeklagte als gestört zu bezeichnen ist, obgleich er sich während der Dauer seiner Beobachtung recht eigenartig benahm, indem er völlig teilnahmslos dahinglebt. Als er dann aber im Büro beschäftigt wurde, arbeitete er zur vollen Zufriedenheit. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Amtsunter-schlagung in zwei Fällen zu 9 Monaten Gefängnis, indem vorausgesetzt verurteilt wurde, daß er sich nicht in glänzenden Verhältnissen befand, sprach ihm aber von der Anklage der Urkundenvernichtung frei, da auch ein ähnlicher Verbrechen, aber doch nicht genau fest-zustellen ist, ob er die betreffenden Urkunden vernichtet. Der Staatsanwalt hatte gegen Schneider zwei Jahre drei Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust beantragt, weil er auf dem Standpunkt stand, daß bei der Schere des Veritaens-bruchs die Strafe hart ausfallen müsse.

Der Sozialistische Festkomitee veranstaltet am Donnerstag, den 12. Juli, 20 Uhr, in der Viktoriastraße, Billiger-Abend, einen Vertragsabend über „Wohlfahrtsfragen und Individual-pflichten“. Referent: Dr. A. Sellig. Sehr, auch unentgeltlich, herzlich willkommen.

Band der Freidenkerbund. Wir treffen uns heute, 10 Uhr, an der Endstation der Straßenbahnlinie 15 (Ostweg). Wir geben nach dem Besagten. Spielgeräte mitbringen. Gäste willkommen.

Freiwerkschaftliches Jugendpartei. Spielort: Best ist alles pünktlich 19,30 Uhr, im Heim. Alle Besammlungsmitglieder müssen Freitag um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus sein. Sehr wichtige Finanzsitzung, deshalb pünktlich erscheinen.



# Witlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Kriern bei Breslau.

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten.) Die heitere, warme und trockene Witterung hält in Mitteleuropa unverändert an. Die Störungen der 36. Familie bedingen nur in Norddeutschland und nördliche Witterung, werden jedoch keinen Einfluß auf unser Wetter erlangen. Ausschließen für das schlechte Hochland, die schlechtesten Mittel- und Hochgebirge. Bei schwacher Luftbewegung vorwiegend heiter, trocken, sehr warm.

# Bereinskalender

Deutscher Metallarbeiter-Berband, Bauhof Loffler. Freitag, den 13. Juli, 19,30 Uhr, im Lokal „Zum Oberstrom“, Heerstraße 48, Vorstandersammlung. Bericht vom Stand der Lohnbewegung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Silberhochzeit feiert heute der Maurerpolier Johann Thäwig, Rosenhalerstraße 47, mit seiner Frau Anna. Die „Volksmacht“ ist seit 25 Jahren im Hause, auch ist Genosse Thäwig ebenso lange im Maurerverband und auch im Polierverband. Auch der Genosse Johann Witkef, Lewaldstraße 24, feiert heute mit seiner Frau Silberhochzeit. Die „Volksmacht“ ist seit 1911 in der Familie. Wir wünschen beiden Paaren viel Glück für die Zukunft.

Ihren 60. Geburtstag feiert Freitag unsere Genossin Frau Klara Fleischer, Hochstraße 12. Seit 1908 in der Partei organisiert, ebenfalls solange Volksmachtlerin, hat sie jahrelang in der Wohlfahrtspflege zum Besten der Armen und immer in der Arbeiterbewegung gearbeitet. Es gratuliert herzlich die Distriktsleitung.

Die Junfreie Arbeitsgemeinschaft Schlesiens eröffnet Anfang August diesen Jahres in den Südhallen am Zoo ihre jährliche große Sommer-Ausstellung. Im Gegenjag zu der vor-jährigen Kunstschau, die nur gebürtigen Schlesiern zur Beteiligung offen war, sind diesmal alle reichsdeutschen Künstler eingeladen worden. Wie die Anmeldestatistiken zeigen, senden Künstler aus allen Gauen Deutschlands ihre neuesten Werte, jedoch diese Ausstellung ganz besonders interessieren wird. Die rege Bautätigkeit dieses Jahres gab den Anlaß, eine Sonderchau „Architektur unserer Zeit“ der Ausstellung anzugliedern. Die Architekten werden Pläne und Photos von Hochbauten und Innenausbauten, u. a. von praktischen Väden zeigen, damit der Verbraucher Gelegenheit hat, die neuen technischen Möglichkeiten zu sehen, die der Architekt zum Nutzen des Auftraggebers verwendet. Es sei noch erinnert, daß die „Jurgsteine am Zoo“ im vergangenen Jahr einen sehr guten Besuch hatte, annehmbarer Verkauf aufwies, von der gesamten Presse außerordentlich beachtet wurde und sich auch des geneigten Wohlwollens der schlesiischen Behörden erfreute.

# Witlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 11. Juli 1928.

Der Auktiof betrag: 1109 Rinder, 1,94 Käber, 5-3 Schafe, 3533 Schweine, Ueberhand vom vorigen Markte waren: 45 Rinder, — Käber, 58 Schafe, 15 Schweine. Witlich Gesamtankunft: 1154 Rinder, 1094 Käber, 621 Schafe, 3546 Schweine.

**I. Rinder.** 1154 Stück  
A. Ochsen: 123 Es wurde gezählt für 50 Kilogramm Lebendgewicht Markt

- a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwert 1 jüngere, 2 ältere: 52-54
- b) sonst vollfleischige 1 jüngere, 2 ältere: 40-43
- c) fleischige: 30-33
- d) gering genährte:
- B. Bullen: 589 Stück
- a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwert 51-53
- b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete: 42-46
- c) fleischige: 35-38
- d) gering genährte:
- C. Käber: 479 Stück
- a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwert 46-49
- b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete: 34-37
- c) fleischige: 26-29
- d) gering genährte: 18-20
- D. Ferkel (Kabinen): 155 Stück
- a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwert 50-54
- b) vollfleischige: 41-45
- c) fleischige: 30-36
- E. Ferkel: 25 Stück
- Kühe genährte Jungkühe: 40-44

**II. Käber.** 1094 Stück

- a) Doppelter beiter Kopf: 64-68
- b) Belle Kopf und Kopf: 53-56
- c) Mittlere Kopf- und Kopf: 53-54
- d) Geringere Käber: 45-48

**III. Schafe.** 621 Stück

- a) Marktämmer und jüngere Marktsämmer: 1. Weiserung, 2. Staßack: 55-60
- b) Mittlere Marktsämmer, ältere Marktämmer und gut ge-nährte Schafe: 45-50
- c) fleischige (Schaf): 35-40
- d) Geringgenährtes (Schaf): —

**IV. Schweine.** 348 Stück

- a) fleischige über 120 Kilo (3 Ferkel) Lebendgewicht: 64
- b) vollfleischige Schweine von ca. 240-300 Pf. Lebendgem.: 63-64
- c) fleischige: 61-63
- d) fleischige: 60-61
- e) fleischige: 56-58
- f) Sauen und Eber: unter 120 Pfund Lebendgewicht: 54-57

Die Preise der Marktsämmer ist meistens gemessene Tiere und älteren Märkte. Es sind die Preise ab 100 bis 120 Pfund Lebendgewicht, welche den marktlichen Geschäftswert ein, wähen sich also teilweise auf den Markt zu beziehen. Geschäftsgang: Käber mittel, Schafe schlecht, Schweine, Rinder langsam.

**Der Breslauer Verkehrs-Verein, Abt. Westen,** veranstaltet Montag, den 18. Juli, eine Wanderung im Gebiete von Deutsch-Lissa. Abfahrt von Breslau — Freiburger Bahnhof — 14.45 Uhr nach Deutsch-Lissa. Auf dem Bahnhof ist Zusammenreffen mit den Deutsch-Lissa Teilnehmern. Die Wanderrichtung wird am Sammelplatz bekannt gegeben. Bei Regenwetter fällt die Wanderung aus.

**2. Ziehungstag Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Wie uns die Lotteriebahn Nr. 21 mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 100 000 Mk. auf Nr. 259 878; 50 000 Mk. auf Nr. 181 091; 5000 Mk. auf Nr. 162 198, 286 812; 2000 Mk. auf Nr. 196 467; 2000 Mk. auf Nr. 49 237, 247 693, 264 989, 342 398; 1000 Mk. auf Nr. 57 405, 368 221, 373 781; 800 Mk. auf Nr. 21 754, 52 012, 122 228, 125 851, 188 704, 195 020, 210 567, 358 869.

**Friedhofsvandalen** betätigten sich in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch auf dem Salvatorfriedhof, wo sie die auf sechs Gräbern stehenden Denksteine durch Zerbrechen der Scheiben demolierten. Außerdem entwendeten sie fünfzehn Meter Zinnrohr. Die Täter konnten unbemerkt verschwinden.

**Bei einem Einbruch,** den unbekannte Täter in der Nacht zu Mittwoch in den Laden eines Kaufmanns im Hause Bohrauer Straße 31 verübten, nahmen sie Wurst, Speck und Zigaretten im Werte von 450 Mark als Beute mit.

**Bei einem Zusammenstoß,** der sich am Dienstag nachmittag an der Ecke Höfchen- und Gartenstraße zwischen zwei Personenautos ereignete, wurden beide Wagen so stark beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

**Während des Einsteigens** bestohlen. Einer Frau wurde gestern in dem Augenblick, als sie auf einem Bahnsteig des Hauptbahnhofes in einen Zug einstieg, die Handtasche mit Geld und Schmuckstücken im Werte von 100 Mark gestohlen. — Ähnlich ging es einer anderen Frau, der am Ostbahnhof beim Einsteigen in einen Straßenbahnzug ein Portemonnaie mit 23 Mark und Brief- und Invalidenmarken entwendet wurde. — In der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes vermachte ein Langfinger einem auswärtigen Kaufmann eine Aktentasche zu stehlen, in der sich ein Portemonnaie mit vierzehn Stück fünfzig-Markscheinen und verschiedene Ausweispapiere befanden.

**Unfall eines Postgepostens.** An der Ecke Höfchen- und Friedrichstraße ist am Mittwoch vormittag der Postgepostenmeister K. u. h. vom 5. Revier, als er seinen Streifen dienst verließ und das Herannahen eines hinter ihm kommenden Straßenbahnzuges überhörte, von dem Straßenbahnwagen angefahren worden, so daß er kurzzeitig eine Gehirnerschütterung erlitt und in das St. Anna-Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Nach Angaben des Straßenbahnführers soll der Beamte nicht angefahren, sondern durch den plötzlichen Schreck beim Bemerkten des Straßenbahnzuges zu Boden gestürzt sein.

**Für Fahrtstichtungsanzeigen** an den Straßenbahnen Breslaus. In der kürzlich stattgefundenen Mitgliederversammlung des Fahrtstichtungsvereins Breslau wurde der Vorschlag gemacht, bei der zuständigen Stelle anzuregen, wie bereits in vielen anderen Orten, Fahrtstichtungsanzeigen anzubringen.

# Die Spaltung der Deutschnationalen

## Nettes Durcheinander bei der Partei der nationalen Einheit

Die Krise innerhalb der Deutschnationalen Partei läßt sich nicht mehr verbergen. Die deutschnationale Pressestelle erklärt zwar Erklärung über Erklärung, um die Deutschnationalen im Lande einzujudeeln — aber von allen Seiten werden neue Einzelheiten bekannt, die die innere Spaltung im deutschnationalen Lager grell beleuchten.

Diese offiziellen Erklärungen der deutschnationalen Pressestelle: Alle zwei Stunden eine, jede ein Leitartikel ohne Inhalt. Worte, Worte, nichts als Worte; von Wollen und Streben, von reinem Idealismus und ruhiger Gelassenheit und Parteigemeinschaft. Je größer der Krach, um so hochtrabender die Worte.

Das offizielle Beruhigungswort wird jedoch durch die deutschnationale Presse selbst unwirksam gemacht. Die deutschnationale Rheinisch-Westfälische Zeitung" erzählt zum Beispiel folgendes aus der Parteivertreter-Lagung:

Hugenberg brachte Westarp gegenüber eine Zulageresolution an den Parteivorstand ein, indem er diesem zur Kenntnis übermittelte, daß er mit seiner Gruppe Wert darauf lege, daß das endgültige Urteil im Sinne seiner Gruppe, also auf Ausschluß Lambachs, laute. Hugenberg hatte sich für diese Zulageresolution von den 35 Landesverbänden zunächst 10 angehängen. Während der Verhandlungen über diese Zulageresolution stellten sich weitere 5 Landesverbände hinter Hugenberg. Selbstverständlich brachte diese Form der Gruppenbildung in Verbindung mit dieser Form der Vorlegung einer gegen den Parteivorstand gerichteten Resolution den Grafen Westarp in eine schwierige Situation, die geeignet schien, eine Erschütterung der Partei herbeizuführen. Graf Westarp brachte das auch dadurch zum Ausdruck, daß er erklärte, wenn eine derartige Gruppenbildung vorgenommen werde und wenn derartige Zulageresolutionen gefaßt würden, so müsse er seinen Vorzug niederlegen. Daraufhin sah die Parteivertretung den einstimmigen Vertrauensbeschluß für den Grafen. Jedoch muß betont werden, daß durch diesen Beschluß das Bestehen der Gruppe Hugenberg, der also 15 Landesverbände angehören, nicht aus der Welt geschafft wurde.

Es ist selbstverständlich, daß es bei diesen Auseinandersetzungen nicht nur bei Diskussionen über den Fall Lambach blieb, sondern daß es sich auch um grundsätzliche Fragen handelte, bei denen im Vordergrund die Politik der Deutschnationalen Partei überhaupt und der auffallenden Erledigung des Dawes-Abkommens und seit den immer erneuten Bestrebungen, an der Regierung teilzunehmen, stand.

Diese Enthüllung läßt alle Erklärungen aus dem deutschnationalen Kriegspropagandier Lager. Sie geht über alles hinaus, was bisher bekannt geworden ist. Die Gruppe Hugenberg ist demnach nicht nur eine parlamentarische Sondergruppe in der deutschnationalen Reichstagsfraktion, sie ist fest in der Organisation verankert. Mit anderen Worten: die Spaltung der Deutschnationalen ist innerlich bereits vorbereitet. Unsicher ist nur, ob es zwei oder drei Bruchstücke gibt, wenn die Verflechtungsversuche verfallen.

Diese innere Spaltung, der Kampf aller gegen alle das ist die historische Vorgeschichte für die deutschnationale Politik der Lüge und der Doppelsüchtigkeit.

Änderung bezweckt die Vermeidung der Begünstigung von Spalterpartei, die sich aus dem bisher geltenden Wahlrecht ergab, da nach ihm auch eine Verbindung von Wahlvorschlägen verschiedener Parteien zu einer gemeinsamen Gruppe unter einem gemeinsamen Kennwort möglich war. Das hat dazu geführt, daß sich bei den Wahlen zu den Kreis- und Provinzialparlamenten Spaltergruppen bildeten, die sich mit denen aus anderen Bezirken verbanden und so zu einer Vertretung in den genannten Kommunalparlamenten kamen. Um diesen unerwünschten Zustand auszuschließen, schlägt die Preussische Regierung dem Landtag vor, das Wahlrecht in dem oben gekennzeichneten Sinne zu ändern.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Wahl zu den Provinzialparlamenten (Kommunalparlamenten), den Kreistagen und den Gemeinden sieht vor, daß diese Wahlen bis zum 31. Dezember dieses Jahres stattfinden. Für die Kommunalparlamente, die nach dem 1. Juli 1927 neugewählt sind, findet eine Neuwahl nicht statt. Außerdem sollen von den Wahlen zu den Kreistagen, den Amts- und Gemeindevertretungen ausgenommen werden die von der bevorstehenden kommunalen Neugliederung betroffenen Teile der Regierungsbezirke Arnberg, Münster und Düsseldorf. Der Gesetzentwurf sieht ferner eine Ermächtigung für das Staatsministerium vor, die Wahlen zu den Provinzialparlamenten, den Kreistagen, den Amts- und Gemeindevertretungen, die am gleichen Tage stattfinden, zu verbinden. Dieses von der Preussischen Staatsregierung ausgearbeitete Gesetz erstrebt also gemäß einem Beschluß des Landtages vom April 1928 die Gemeindevahlen in den Städten und Landgemeinden sowie die Wahlen zu den Amtsvertretungen mit den Wahlen zu den Provinzialparlamenten und Kreistagen in der Rheinprovinz und Westfalen stattfinden zu lassen. Die Wahlszeit der jetzt bestehenden Provinzialparlamente und Kreistage wird dadurch um ein knappes Jahr verkürzt. Die Wahlen sind für den 2. Dezember in Aussicht genommen.

## Der Nationalfeiertag

### heut vor dem Rechtsausschuß

Dem Rechtsausschuß des Reichstages ist am Mittwoch die Vorlage über den Nationalfeiertag zugegangen. Die Vorlage steht als zweiter Punkt auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung. Ihrer Beratung dürfte insbesondere von deutscher nationaler Seite harter Widerspruch entgegen gesetzt werden. Abgesehen davon ist in Anbetracht der zahlreichen von der Opposition zu erwartenden Änderungsanträge technisch kaum die Möglichkeit zur Erledigung des Gesetzentwurfes gegeben. Die Vorlage des Reichsrates wird deshalb voraussichtlich erst im Herbst zur Beratung gelangen.

Die preussische Regierung dürfte aus dieser Situation die Konsequenzen ziehen und dafür Sorge tragen, daß wenigstens in Preußen des 11. August auch in diesem Jahr in würdiger Weise gedacht wird.

## Polnisch-Litauische Notenwechsel

Genf, 12. Juli. Der polnische Vertreter in Genf überreichte dem Generalsekretär des Völkerbundes am Mittwoch den Notenwechsel zwischen Polen und Litauen über das litauische Vertragsprojekt. Der polnische Vertreter übermittelte gleichzeitig ein Ersuchen seiner Regierung, in dem gebeten wird, den Stand der Verhandlungen zwischen Polen und Litauen, wie er sich aus dem Notenwechsel ergibt, den Ratmitgliedern in der Septembertagung zur Kenntnis zu bringen. Es ist danach anzunehmen, daß sich der Völkerbundsrat nochmals mit dem polnisch-litauischen Streit befassen und dann hoffentlich so, daß es das letzte Mal ist.

## Wir stützen die Republik

deshalb lesen wir nur die Volkswacht

## Änderung des Wahlrechtes zu den Provinzialland- und Kreistagen

Die Preussische Staatsregierung wird dem Landtag in Kürze einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der die Festsetzung der Wahlen zu den Provinzialparlamenten und den Kreistagen sowie der Gemeindevahlen behandelt. Mit diesem Gesetzentwurf wird dem Landtage ein Gesetzentwurf über die Änderung des Wahlgesetzes für die Provinzialparlamente und Kreistage zugehen.

Der Gesetzentwurf über die Änderung des Wahlrechtes bestimmt in Abänderung der bisher geltenden Vorschriften, daß für jeden Wahlbezirk zu den Provinzialparlamenten und Kreistagen Wahlvorschläge aufgestellt werden können (Bezirkswahlvorschläge), die mit einem Kennwort versehen werden. Diese Bezirkswahlvorschläge verschiedener Parteien oder Vereinigungen können mit den Bezirkswahlvorschlägen anderer Bezirke verbunden werden, wenn sie ein gleiches Kennwort tragen. Die

## Sammlen-Anzeigen

Am Dienstag, den 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, verstarb durch Herzschlag unser lieber guter Sohn, heißgeliebter Bräutigam und Bruder, der **Büroangestellte Edwin Haschke** im 25. Lebensjahre. In tiefster Trauer zeigen dies an Breslau, den 11. Juli 1928 Kronprinzenstr. 11 **Richard Haschke u. Frau Minna geb. Gerlach,** als Eltern **Erich Haschke** als Bruder **Anni Körner** als Braut. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 14. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Halle 3 des Grabschneier Friedhofes aus statt. 697

Am 10. dieses Monats verschied unser **Hausmeister Herr Hermann Krause** Wir werden seiner stets gern gedenken. Die Mieter des Grundstücks **Märkische Straße 96-98** Beerdigung: Freitag, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause nach Cosel. 700

**Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher.** Am 9. Juli 1928 starb an Herzschlag unser Kollege, der Maler **Josef Ahlich** im Alter von 49 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Filialverwaltung Breslau. Die Beerdigung findet Freitag, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Magdalenen-Friedhofes aus statt. 2565

**Parteigenossen** beruht unsere Reichdruckausstellung in unserer Buchhandlung Neue Taschenstraße 11 **Eintritt freil** Augenblicklich ausgestellt: **Dürer — Rembrandt**

**Danksagung.** Außerstande jedem einzelnen zu danken für die überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme, sowie für die herrlichen Kranzspenden, die mir anlässlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, des **Brauererbesitzers Erich Vogel** zuteil wurden, spreche ich auf diesem Wege allen meinen herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Noth für seine so tröstenden Worte am Grabe, dem gesamten Personal der Brauerei E. Vogel, sämtlichen Abordnungen, Vereinen, Freunden und Bekannten sowie den Mietern des Hauses Reuschstraße 28 und allen, welche dem lieben Verstorbenen das letzte Geleit zur ewigen Ruhe gegeben haben. Breslau, im Juli 1928 Reuschstraße 28 6679 **Die trauernde Gattin: Bertha Vogel nebst Kindern.**

Gleichzeitig zeige ich hiermit meinen werten Kunden ergebenst an, daß ich das Geschäft in unveränderter Weise weiterführe und bitte, das bisher meinem Mann erwiesene Vertrauen auch auf mich zu übertragen. **Frau Bertha Vogel.**

Ich habe meine Praxis wieder aufgenommen. **Dr. Karpel.**

**Wir sind Leser der Volkswacht** Wie kaufen bei Ihnen, weil Sie in der Volkswacht insetieren. Sagt das beim Kauf, Sie müßt uns und damit auch selbst.

**Wir sind Leser der Volkswacht** Wie kaufen bei Ihnen, weil Sie in der Volkswacht insetieren. Sagt das beim Kauf, Sie müßt uns und damit auch selbst.

Alle **Rechts-, Renten-, Steuerfragen, Gesuche aller Art** erledigt billig 6418 **Rechtsbüro Rieder,** Gabelstr. 127 Fernr. 35152 Erste Auskunft kostenlos!

**Blaue Arbeits-Anzüge** schräg oder gerade in nur la Qualität, **Kessel- und Säure-Anzüge** **Oskar Dehmel** Neumarkt 45 6312

**Die verdienen täglich** 10 Mk. an Gehaltslohn. Nur persönlich kommen. **Rechts** in Gera, Kassel, Leipzig, Bern, Hamburg, Berlin, Köln, Gera, alle für dich prima Wort - Detail und Gages **Bertold Lippert**

**Safeente** spezial in unserer Rettung





Die Malmgreengruppe gefunden

Bergebliche Rettungsversuche des russischen Fliegers Tschuchnowski Der Eisbrecher Krassin zur Rettung unterwegs

Die Versuche des russischen Fliegers Tschuchnowski, in der Nähe der angeblich von ihm entdeckten Malmgreengruppe zu landen, sind gescheitert. Der Flieger ist deshalb, nachdem er die von ihm aufgefundenen Gruppe 5 mal umkreiste, nach dem „Kraffin“ zurückgekehrt.

Eine andere aus Oslo gemeldete Version gibt der Vermutung Ausdruck, daß Tschuchnowski überhaupt nur eine der von Kingsban entsandten italienischen Rettungsexpeditionen gesehen und sie für die Malmgreengruppe gehalten hat.

Das große Los

Im Verlauf der am Mittwoch veranstalteten Ziehung der Preussisch-Sächsischen Klassenlotterie fiel auf die Nr. 181 091 ein Gewinn von 50 000 Mark. Ein zweiter Hauptgewinn im Betrage von 100 000 Mark fiel auf das Los Nr. 250 678.

Die Spionageangelegenheit in Adlershof

Wie eine Berliner Korrespondenz zu der Spionage-Angelegenheit bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof erzählt, ist die Verhaftung des Regierungsbauingenieurs L. bereits vor 14 Tagen erfolgt.

Der Moskauer Bombenanschlag

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der in der Nähe von Bobolki verhaftete zweite Attentäter unter militärischer Bewachung in die Moskauer G.W. eingeliefert worden, wo sofort die Vernehmung begann.

Liebestragödie oder Mord?

In der Nähe der Stadt Niederarnbach (Bayern) fanden papierergänger die 23jährige Tagelöhnerin Anna Meyer mit zwei Schusswunden am Kopf tot auf. In der Nähe lag ein erschossener Schäferhund; einige Schritte weiter fand man schließlich den 22jährigen Schäferjohn Gabriel Mayr mit einer Schusswunde im Kopfe auf.

Riesenbrand in Hamburg

Auf bisher noch ungeklärte Weise entstand am Dienstag Mittag in einem Baumwollschuppen des Hamburger Freihafens ein großer Brand. Vor der Gewalt des Feuers, das eine ungeheure Hitze entwickelte, hielten selbst die stärksten Brandmauern nicht stand.

Nonnenwirtschaft

Unglaubliche Zustände müssen nach einem Artikel des reisenden Kreisblattes im städtischen Geschenkhause in Eger, in dem Nonnen das Regiment führen, herrschen. Es heißt dort: Es ist nicht eine Herzlosigkeit, wenn eine Schwester, die anderen nicht bilden soll, eine nervenranke hysterische Fründnerin ist und auf den Fußboden hinsinkt, wenn eine Fründnerin einem Stöße von Armstärke geschlagen wird.

stehen gegeben, daß er nachmittags nicht ausgehen brauche, weil er vormittags nicht in der Kirche war. Es ist eine Rücksichtslosigkeit, wenn die Schwester Oberin um 110 Uhr nachts eine Fründnerin aufweckt, um mit ihr einen Streit anzufangen.

Familientragödie

Als der Tiefbauarbeiter Jäschner in Dresden am Montag nachmittag von der Arbeit nach Hause kam, bot sich ihm ein furchtbarer Anblick dar. In der Küche lagen tot seine 37 Jahre alte Frau und seine 16jährige Tochter, während der 12 Jahre alte Sohn noch schwache Lebenszeichen von sich gab.

Noch ein sozialdemokratisches Mandat



Im Wahlkreis Ostpreußen sind durch ein Versehen beim Abzählen die Stimmen aller Parteien von 50 Wahlbezirken im Landkreis Gerdauen nicht mitgezählt, darunter 4622 sozialdemokratische Stimmen, die auf die Reichsstufe entfallen.

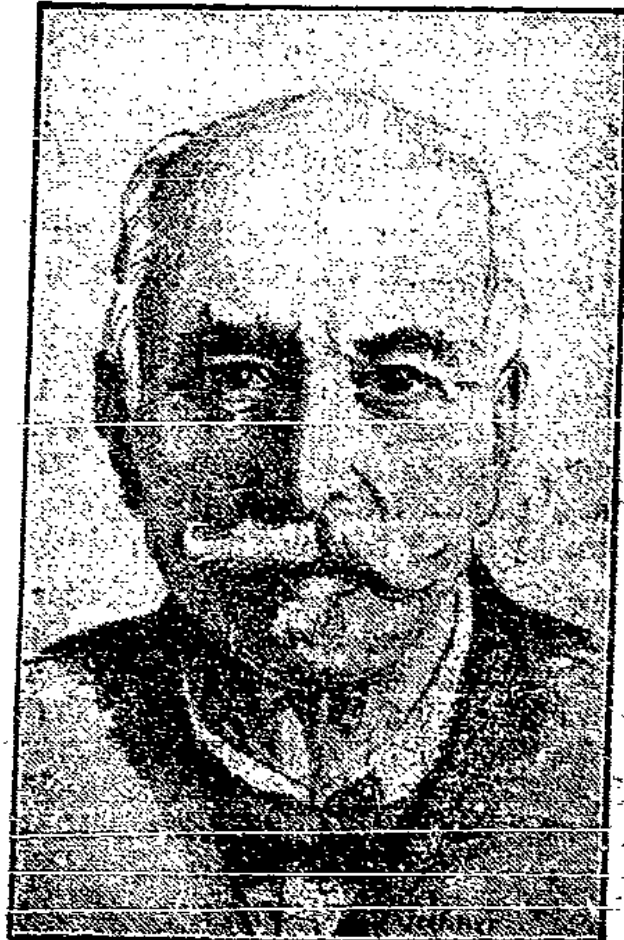
Gesund ins Irrenhaus gebracht

Wie die „Pommersche Zeitung“ meldet, ist ein 82jähriger Fabrikant und früherer Amtmann in Werder auf Veranlassung seiner beiden ältesten Töchter in eine Irrenanstalt gebracht worden, weil sich angeblich bei dem vollständig gefunden Mann Anzeichen einer gefährlichen Geistesgestörtheit gezeigt haben sollten.

Wieder ein Dampfer gestrandet

Wie aus Montevideo gemeldet wird, ist der 2000 Tonnen große Dampfer „Triton“ mit 68 Fahrgästen und 55 Mann Besatzung in der Nähe von Puerto Verica an der uruguayischen Küste auf Anweisung des Kapitäns auf Strand gesetzt worden.

Giolitti stirbt



Der ehemalige italienische Ministerpräsident Giolitti ist am 11. Juli in Rom gestorben.

Eine gefesselte Leiche im See

Die Gendarmen in Villach (Oesterreich) ist mit der Aufklärung eines rätselhaften Leichenfundes beschäftigt. Am vorigen Mittwoch wurde von zwei Mädchen während eines Spazierganges in der Sommerfrische Steindorf am Ossiacher See ein menschlicher Körper, der aus dem See, zirka fünf Meter vom Ufer entfernt, herausragte, wahrgenommen.

Der Postenkommandant stellte fest, daß es sich um die Leiche eines vierzig- bis fünfundvierzigjährigen Mannes handelt. Der Leichnam war vollständig bekleidet. Der Kopf und ein Teil des Oberkörpers ragten aus dem Wasser. Besonders auffällig ist der Umstand, daß der Tote die Hände nach vorn gefesselt hatte.

Die Identität des Toten konnte bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden. In seinen Kleidern wurden verschiedene Schriftstücke und ein Gebetbuch vorgefunden. Dieses ist ein Missionsbuch, das im Jahre 1876 in Newyork in englischer Sprache herausgegeben wurde.

Da der Tote einen sehr gepflegten Körper hat und gute Kleider trug, wird angenommen, daß es sich um einen Fremden einen Sommergast handelt. Da bei dem Toten keine Wertgegenstände und auch keine Briefstücke vorgefunden wurden, wird Raubmord angenommen.

Das tägliche Explosionsunglück

Sechs Todesopfer einer Explosion in Budapest. In einer Budapestler Vorstadt flog am Dienstag nachmittag, wahrscheinlich infolge Explosion eines Schwefelbrennens, ein Haus in die Luft. Sämtliche im Hause weilenden Personen wurden unter den Trümmern begraben.

Seinen eigenen Sarg gebaut und dann Selbstmord verübt. In Weichenfeld hat sich der Wirtshausbesitzer Hellmich, ein Mann von 64 Jahren, selbst einen Sarg gezimmert und dann erschossen.

Ein schwerer Autozusammenstoß

In Dreißbümmen in der Nähe von Bochum stieß ein mit 14 Personen besetzter Lastkraftwagen mit einem Personenzug zusammen. Der Unfall war so heftig, daß sämtliche Personen aus dem Lastkraftwagen herausgeschleudert wurden.

Selbstmord auf den Schienen

Ein Oberpostsekretär des Berliner Postamtes S 14 war seit Mitte voriger Woche nach einer Unterdrückung von 5000 Mark verschunden. Die Kriminalpolizei suchte ihn seit Tagen vergeblich. Jetzt ist der Geliebte auf der Bahnstraße zwischen Nicolasseestraße und Wannsee tot aufgefunden worden.

Eine Motor-Yacht in Flammen

Auf dem großen Wannensee geriet am Sonntag abend gegen 9 Uhr die Motor-Yacht des Direktors der Deutschen Bank, von Staub, in Brand. Die alarmierten Feuerwehren konnten gegen die Flammen, die sich bald über das ganze Schiff ausbreiteten, nichts ausrichten, weil zu beschränkt war, daß der Benzintank der Yacht, in dem sich mehrere hundert Liter Betriebsstoff befanden, explodieren würde.

Erzwungen mit Hindernissen

Vor 1 1/2 Jahren mietete der jüdische Schneider Chaim Montkynski in der Zawadzka 14 bei H. Sumraj ein kleines Zimmer, das aus einem Stall umgearbeitet worden war. Dafür zahlte er 700 Zloty und eine goldene Uhr mit Kette Abhand, wobei die Miete für fünf Monate eingerechnet sein sollte.

Revolte in der türkischen Kriegsschule in Konstantinopel

In der Kriegsschule in Konstantinopel brach unter den Kurzstreckenschülern eine Revolte aus. 140 Kriegsschüler wurden verhaftet, während zwölf entflohen. Die näheren Gründe der Revolte sind noch nicht bekannt.

Blutige Raube eines Südländers

Ein blutiges Familiendrama wird aus Motta San Giovanni in der Provinz Kalabrien gemeldet. Ein gewisser Battaglia, der vor einigen Jahren zur Ehe mit der 23jährigen Katharina Guilli gezwungen wurde, wanderte bald nach der Hochzeit nach Amerika aus.

Ein Wallengrab aus dem Jahre 1809

Bei den Winterungsarbeiten in der Gemeinde Selmsdorf (Oesterreich) sind Arbeiter auf ein Wallengrab österreichischer und französischer Soldaten gestoßen. Bisher wurden zehn Skelette ausgegraben, an denen teilweise auch noch Monturteile hängen. In der Nähe eines der Skelette fand man eine vermoderte Ledertasche, die einen Marie-Theresen-Taler von 1780 enthielt.

# Hilfe für Hochwasserschäden

## Ein Schritt vorwärts!

In der Montagung des preussischen Landtages wurden eine Anzahl Anträge angenommen, die die ersten Hilfsmassnahmen für die Hochwassergeschädigten in den beiden schlesischen Provinzen enthalten. Der Schließen betreffende Teil der angenommenen Vorlage lautet:

Große Teile von Niederschlesien sind durch Ueberschwemmungen im Gebiet der Oder, der Lohse, des Schwarzwassers, der Weistich, der Barisch, der Weile, der Schäfte, des Wobers, der Raxbach und zahlreicher wilder Gewässer im Riesengebirge überflutet worden. Andauernde wolkenbruchartige Regengemengen sind niedergegangen und haben weite Landstriche verwüstet und in Seen verwandelt. In einem erheblichen Teile der betroffenen Gebiete ist die Bevölkerung zum dritten Male binnen drei Jahren von Ueberschwemmungkatastrophen heimgesucht worden. In Oberschlesien sind in den letzten Tagen schwere Sturm- und Hagelschäden entstanden.

Zur Behebung der Hochwasser-, Unwetter- und Ernteschäden und zur Vinderung der Not der heimgesuchten Bevölkerung wird das Staatsministerium ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß

1. beschleunigte Feststellungen über den Umfang der Schäden durch besondere Feststellungskommissionen unter Hinzuziehung von Vertretern der geschädigten Kreise bzw. Gemeinden getroffen werden;
2. ausreichende Mittel zu Kostenträgersunterstützungen bereitgestellt und schleunigst angemessene Beihilfen gewährt werden;
3. die Staats-, Reichs- und Kommunalbehörden bei der Durchführung der Hilfsmassnahmen sich eines möglichst vereinfachten und beschleunigten Geschäftsganges bedienen;
4. in allen Fällen, in denen geschädigte Landwirte, Arbeiter und Gewerbetreibende mit Staatssteuern im Rückstand geblieben sind, ihnen die erforderlichen Steuererleichterungen durch Niedererschlagung gewährt werden;
5. auf die Reichsregierung eingewirkt wird, steuerliche Erleichterungen im gleichen Umfange herbeizuführen;
6. in allen Fällen, in denen Geschädigte vom Staate Wiesen gepachtet haben, die sie infolge des Hochwassers nicht ernten können, Erleichterungen in der Pachtzahlung zu gewähren;
7. bei Schäden von über 20 v. H. der gesamten Wirtschaftsstärke die Rentenbankzinsen für das Jahr 1928 erlassen werden;
8. bei den Reichs- und preussischen Finanzbehörden angeregt wird, die regelmäßig unter Hochwasser leidenden Gebiete mehr als bisher durch niedrigere Eintragung in die Einheitsklassen der Grundvermögenssteuer zu berücksichtigen;
9. den stark verschuldeten Betrieben ausreichende Mittel als langfristige Darlehen zu gewähren;
10. für die Wiederinstandsetzung der schwer beschädigten Wohnungen ausreichende Mittel in Form von Beihilfen oder als zinsloses Darlehen zur Verfügung gestellt werden;
11. das Wohlfahrtsministerium veranlaßt wird, zur Behinderung von Seuchen in den von der Ueberschwemmung betroffenen Gebieten wirksame sanitäre Massnahmen zu treffen und insbesondere im Spreewald zur Schaffung gesunder Trinkwasserhältnisse genügende Tiefbrunnen und Wasserleitungen anzulegen.

### Zur Anwendung

Der ständig wachsenden Ueberschwemmungsgefahren wird das Staatsministerium ersucht, mit dringlichster Beschleunigung durchgreifende Massnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Wiederkehr von Ueberschwemmungen für die Zukunft zu verhindern oder in ihrer Wirkung erheblich herabzumindern, insbesondere auf eine weitestgehende

### Regulierung von Wasserläufen

weiter und dritter Ordnung durch Staat, Provinz und Kreise, von Flussläufen erster Ordnung durch das Reich hinzuwirken. Im Hochwassergebiet von Niederschlesien sind die Flüsse Weile, das Schwarzwasser und das Striegauer Wasser unter die im Hochwasserschutzgesetz vom 3. Juli 1900 benannten ausbaubehafteten Flüsse aufzunehmen und nach dem dort festgelegten finanziellen Schlüssel auszubauen, den Ausbau der Barisch und der Horle und ihrer Zuflüsse zu beschleunigen und insbesondere die Schäfte- und Lohse-Regulierung alsbald in Angriff zu nehmen.

Ferner ist nachzuprüfen, ob die gegenwärtige Art der Veranlagung für das

### Flutkataster in Schlesien

die einen Teil der Anlieger außerordentlich schwer belastet, abzuändern ist, ferner, ob nicht weitere einschränkende Bestimmungen für die Ausnutzung der schlesischen Staubecken zur Elektricitätsgewinnung erlassen werden müssen und dem Landtag über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten. Besonders erfreulich ist, daß es hauptsächlich die Anträge unserer schlesischen Genossen im Hauptausschuß waren, welche die Grundlage für die Beschlußfassung im Plenum bildeten und vor allem die vorbeugenden Massnahmen in den Vordergrund der Hilfsaktionen stellten. An der lastträchtigen Arbeit unserer Vertreter in den Kreisinstanzen wie im Provinziallandtag und den Kommunen wird es nun liegen, dafür zu sorgen, daß die dringend notwendigen Regelmassnahmen im niederschlesischen Hochwassergebiet bald zur Wirklichkeit werden.

### Vorstandssitzung des Landgemeinde-Verbandes

Der Landgemeindevorband Niederschlesien im Verbande der Preussischen Landgemeinden E. B. hielt anläßlich des Reichsfestertages in Breslau eine Vorstandssitzung ab. Die Versammlung befaßte sich mit der großen Anzahl praktischer kommunaler Tagesfragen. Besprochen wurde u. a. das Verhältnis der staatlichen zur kommunalen Polizei und die Haftung der Gemeinden für die von ihnen einzuziehenden Reichs-, Staats- und Kreissteuern. Im Zusammenhang damit wurde darauf hingewiesen, daß der von den Herren Ministern der Finanzen und des Innern ausgesprochene Grundgedanke der schonenden Verrückung der Gemeindesteuern in gleicher Weise auch bei der Verrückung der Staatssteuern den Gemeinden gegenüber angewendet werden müßte. Die Stellung der Gemeindevorsteher in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Einkommensteuern-Kassenhilfe wurde besprochen, sowie die Frage, nach welchen Kriterien die Ergänzungshilfe für die Schulschulden zweckmäßig zu verteilen wären. Es wurde erwidert, die Befähigung der Gemeinden auf den Kopf des Schädlings auf die Belastung und die kommunale Belastung auf den Kopf der Gemeindevorsteher zu verteilen. Zweckmäßig wäre nach dem Verstandes auch eine Kontingentierung der für Ergänzungshilfe zur Verfügung stehenden Mittel auf die einzelnen Kreise.

Die Kreisabteilungen des Verbandes sollen unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte über die Angelegenheit befragt werden. Weiter wurden eine Reihe von Vorschlägen für die Aufstellung eines gerechten Finanzausgleiches gemacht. Amts- und Gemeindevorsteher Gromann-Peterswaldau berichtete über das von der Bezirksgruppe Niederschlesien des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens ausgearbeitete Normalstatut für die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten.

Ferner wurden noch die Beiträge zu den Feuerwehrverbänden, die Art der Bekanntmachung von Veränderungen in der Alters- und Invaliditätsversicherung, die Neuwertversicherung in der Gebäudeversicherungsversicherung, die Einziehung der Eichungsgebühren durch die Gemeinden und einiges andere mehr erörtert. Die nächsten Bezirksversammlungen sollen in der Grafschaft Glatz und im Kreise Görlitz stattfinden.

### Aufwertung von Sparguthaben im abgetretenen Oberschlesien

Wie amtliche bekannt gegeben wird, werden die im ehemals preussischen Gebiet gelegenen und an Polen abgetretenen kommunalen Sparkassen die Sparkassenguthaben wie folgt auf:

- a) Die Kreissparkasse Kattowitz auf . . . . . 25 Prozent.
- b) Die Stadt Sparkasse in Königshütte auf 5 Prozent.
- c) Die Städtische Sparkasse in Sograu auf . 25 Prozent.
- d) Die Kreissparkasse in Tarnowitz auf . . . . . 25 Prozent.

**Siegen.** Argentinien feiert seine Unabhängigkeit — im Zirkus. In einer der letzten Vorstellungen des Zirkus Sarrajani wurde, wie die „Schlesische Provinz-Korrespondenz“ berichtet, der Gedektag der Unabhängigkeit Argentiniens durch eine Feier begangen, zu der auch Generalkonjunkt Professor Dr. Laub aus Breslau erschienen war.

**Moritzburg.** Kreis Schweidnitz. Tod durch Wassertrinken. Der sehnsüchtige Sohn des Futtermannes Bohn hatte auf den Genuß von kirchlichen Wasser getrunken. Er erkrankte sofort und starb unter entsetzlichen Qualen.

# Aus dem Neumarkter Kreisparlament

## Die „unpolitischen Mittelständler“ als Deutschnationale — Hilfe für die Hochwassergeschädigten

Die erste Sitzung des neugewählten Kreistages am Dienstag mittag war für die Wähler besonders interessant, zeigte sie doch, was die „unpolitischen“ Mittelständler, die vor der Wahl mit ihrem Sprüchlein von der „politischen Vergiftung der Volksseele“ freibleiben gegangen waren, den Landgemeindevorband für ihre „unpolitische“ Propaganda mißbraucht hatten und drei Mandate erobern konnten, was sie unter „unpolitisch“ tatsächlich verstehen. Sie haben sich nämlich mit den Deutschnationalen zu einer „Vereinigten Rechtsfraktion“ zusammengeschlossen. Mit dienstfertiger Unterwürfigkeit beeilten sich die drei kleinen Meister, bei allen Abstimmungen ihre Stimme für die „Belange“ der Herren von Ar und Halb abzugeben. Da sich bei der

### Wahl des Kreisauausschusses

die zwei Vertreter der Deutschen Bauernpartei mit dem Zentrum zusammenstimmten, das ihnen dafür einen Sitz auf der Vorschlagsliste einräumte, wurden für den Kreisauausschuß wie für die verschiedenen Kommissionen nur je drei Vorschlagslisten eingereicht. Der Kreisauausschuß legt sich nach der Wahl aus Genossen Karl Dittlige-Neumarkt, Paul Hoffmann-Sachwitz (SPD.), Rittergutsbesitzer von Schiller-Lobesitz, Gutsbesitzer Sattner-Zerschedorf (Deutschnationale Volkspartei), Rektor Gornika-Neumarkt (Zentrum) und Gutsbesitzer Neumann-Zürstenauf (Bauernpartei) zusammen.

Die umfangreiche Tagesordnung begann mit der Gültigkeitserklärung der am 3. Juni erfolgten Wahl. Ebenso wurde der Kreis kommunalkasse für die Rechnungslegung des Jahres 1926 Entlastung erteilt. Die Abänderung der Steuerordnung für die Erhebung der

### Wertzuwachssteuer

nach den Richtlinien des Innenministeriums wurde angenommen. Die Deutschnationalen schlugen erst vor, die Steuererläge zu ermäßigen, zogen ihren Antrag aber wieder zurück, als sie merkten, daß sie damit auch beim Zentrum keine Sympathie fanden. Nach kurzer Debatte wurde auch die Aufnahme einer Sammelanleihe in Höhe von 42.000 Mark beschlossen, die zur Deckung der Ausgaben für die Aufstellung von Wegweiser- und Warnungstafeln für den Kraftfahrzeugverkehr, zur zinslosen Hergabe von Zwischenkrediten an Drainagegenossenschaft (die etwa 30.000 Morgen Land durch Drainage ertragreicher gestalten wollen) und zur Nachbewilligung für die Verlegung der Chaussee bei Camöse Verwendung finden soll.

Eine größere Debatte entwickelte sich bei der Aussprache über die Hilfsaktion für die an den Pfingstfeiertagen entlassenen

### Hochwasserschäden

Die Parteien waren sich wohl im Prinzip einig, daß baldige Hilfe einsehen müsse. Strittig aber war, bei welchem Prozentsatz des Schadens geholfen werden müsse. Die Rechtsfraktion wandte sich auch gegen die Klausel der Haftungsgefährdung. Unsere Genossen legten sich besonders für eine

### Entschädigung auch der Landarbeiter

ein, die durch die Vernichtung der Ernte auf den Deputatätern ganz besonders geschädigt sind. Ein Antrag unserer Fraktion, eine Kommission zu wählen, die nach vor der Ernte die erforderlichen Schäden feststellt, fand einstimmige Annahme, ebenso ein Antrag, endlich einmal diesen alljährlichen Hilfsaktionen ein Ende zu machen und langfristige Hilfe durch eine anstandslos

### Mäßigungsmaßnahme

zu leisten. Eine Resolution, in der zum Ausdruck gedrückt wird, daß der Kreisrat von der Staatsregierung mit größter

Augenmerk, Kreis Neutode. Bei der Lebensrettung vorunglücklich. Als hier ein Kind die Straße überqueren wollte, und durch ein Auto in Lebensgefahr geriet, sprang der Sohn des Schmiedemeisters Steiner hinzu, um das Kind im letzten Augenblick vor dem Ueberfahrenwerden zu retten. Das gelang ihm auch, jedoch wurde ihm sein Vorhaben selbst zum Verhängnis: das Auto erfaßte und überfuhr ihn, während das Kind heil davon kam, wurde er mit einem Armbruch vom Platte getragen.

**Ebersdorf.** Kreis Neutode. Ein Kind aus dem Geneser gestürzt. In einem unbewachten Augenblick stürzte das vierjährige einzige Töchterchen des Schmiedemeisters Zeiger aus dem Fenster der Wohnung im dritten Stock und blieb mit schweren inneren Verletzungen liegen. An dem Aufkommen des Kindes wird gezweifelt.

**Striegau.** Liebesdrama im Walde. Im Walde zwischen Weidenleuze und Groß-Bauditz fanden Spaziergänger die Leichen zweier junger Menschen, eines 19jährigen Burschen und eines 16jährigen Mädchens, mit je zwei Schüssen in Kopf und Brust auf. Allem Anschein nach hat Liebeskummer die beiden jungen Menschen zum Freitod veranlaßt.

**Rauau.** Neue Opfer der Talsperre. Seit Bestehen der Talsperre haben im Laufe weniger Jahre schon eine ganze Anzahl Personen, die mit den Tüden des dortigen Wassers nicht bekannt waren, den Tod gefunden. Viele kalte Strömungen und eine Anzahl abhülliger Stellen mahnen beim Baden in der Talsperre zu besonderer Vorsicht. Dieser Tage kamen erneut ein zehnjähriger Knabe und eine Frau in höchste Lebensgefahr, doch konnten sie durch einen mutigen Schwimmer noch lebend geborgen werden. Dagegen fand der 22jährige Kaufmann Bost aus Berthelsdorf, Kreis Reichenbach, den Tod in den Fluten. Er wollte den Staube durchschwimmen und verlor bei der Rückkehr plötzlich in den Fluten.

**Gosel.** Vom Schlauchfeld der Arbeit. In Alt-Gosel stürzte der Maurerpoleur Pyrnick vom Dach, wobei er sich mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen zuzog. Der Schwerverletzte ist an den Folgen des Sturzes im hiesigen Krankenhaus gestorben.

**Oppeln.** Wasser und Kirchen bringen den Tod. Ein Student vom Oplauer Gymnasium hatte hier nach dem Genuß von kirchlichen Wasser getrunken. Wegen der sich darauf einstellenden Darmbeschwerden mußte er ins Krankenhaus gebracht werden, wo er bald darauf unter furchtbaren Schmerzen verstarb.

**Hindenburg.** Der Admiralspalast bekommt eine neue Direktion. Die gestern an gleicher Stelle geschiederten Zustände im Hindenburger „Admiralspalast“, die zu dem tragischen Freitod einer Hausangestellten führten, haben zu größter Erregung der Bevölkerung gegen die Direktion geführt, so daß der Direktor Schmeller und seine Familie die Stadt verlassen. Inzwischen ist Direktor Schreiber zurückgekehrt, jedoch um die Besuche hier nur solange weiterzuführen, bis die Berliner Gesellschaft, der das Unternehmen gehört, für einen Nachfolger gesorgt hat.

Beschleunigung Massnahmen gegen derartige Katastrophen erwartet, fand keinen Widerpruch. Für besondere Kostfälle wurde der Kreisauausschuß zur Gewährung von Vorschüssen ermächtigt.

Die Gründung eines Zweverbandes zwischen Kreis und Stadt Neumarkt zwecks gemeinsamen Betriebs einer Sparkasse wurde einstimmig gutgeheißen, ebenso ein Antrag zur

### Feststellung der schlechtesten Wegeverhältnisse

Als Amtsvorsteher-Stellvertreter für Blumentode wurde bei Stimmhaltung des Zentrums ein Deutschnationaler gewählt, während für den Amtsbezirk Kertisch unser Genosse Hejel zum Amtsvorsteher gewählt wurde. Bei den Wahlen zu den Ausschüssen wünschten die Deutschnationalen, daß auch die Stellvertreter an den Sitzungen des Kreisauausschusses teilnahmeberechtigt sein sollen. Dieser fromme Wunsch verfiel jedoch gegen die Stimmen der Rechtsfraktion der Ablehnung, die damit zweifellos im Trüben zu fischen können, hofft.

Beim letzten Tagesordnungspunkt wurden die

### Wahlen zu den Kommissionen

vorgenommen, wobei die abgegebenen Stimmen nach dem Verhältniswahlsystem in fast allen Kommissionen die Wahl zweier Genossen, zweier Rechtsfraktionler und eines Zentrumsmannes bestimmte.

Zu Kreisauausschuß-Stellvertreter wurden von unserer Fraktion die Genossen Rud. Schavan-Bischdorf und Karl Papesch-Ober-Stephansdorf, gewählt; für die Rechnungs-Kommission die Genossen Kawroth-Neumarkt und Papesch, als Vertrauensmänner in die Ausschüsse der Schöffenauswahl in Neumarkt die Genossen Kawroth und Dittlige, in Canth der Genosse Franz Hoffmann; in die Grundsteuer-Veranlagungs-Kommission der Genosse Papesch. Dem Ausschuß der Kreis-Invalidentiftung wurde Genosse Wagner-Neumarkt beigeordnet, während für den Ausschuß des Jugendamts der in Neumarkt bestgehobte Genosse Schukat Dr. Kurz gewählt wurde.

Als Vertreter des Kreises in den Verwaltungsrat der Kreis- und Stadtbank wurde Genosse Dittlige vorgeschlagen und gewählt. Bei der Wahl eines Mitgliedes zum Gewerbebesteuerausschuß stimmten die Bauernpartei für unseren Vorschlag, während sich das Zentrum mit der Rechtsfraktion für den Deutschnationalen einsetzte, der auf diese Weise gewählt wurde.

Einstimmige Annahme fand eine Entschliekung, in der vom Kreisrat der Wunsch geäußert wird, daß die seit längerem schwebenden

### Auseinandersetzungsverhandlungen mit Breslau

zu einem baldigen befriedigenden Ende geführt werden mögen, nachdem die Eingemeindung vollendete Tatsache geworden ist.

### Balzer in Neumarkt?

Am Sonntagsabend sprach nach einer Meldung des hiesigen Zeitungsblattes bei einem Neumarkter Kaufmann ein verdächtig fremder Mann vor. Er klingelte den Geschäftsinhaber heraus und wollte durchaus einen Anzug kaufen. Der Kaufmann wies ihn kurz ab. Als der Kaufmann am Sonntag vormittag in den Tageszeitungen die Personalbeschreibung des Raubmörders Balzer las, überlieferte ihn die Ueberzeugung dieser Beschreibung mit der Person des geheimnisvollen, nächtlichen Besuchers. Er ist der feste Ueberzeugung, daß es Balzer war, welcher den Anzug taufte.